



Europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik

Aktuelle Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene

#02.16
NEWSLETTER



QUALITÄT DER WAHL

EU STARTET DAS EUROPÄISCHE SOLIKORPS.



ERASMUS+ JUGEND IN AKTION 2017

MEHR FÖRDERMITTEL.



20 JAHRE EFD

„DAS BESTE, WAS WIR IN EUROPA HABEN.“

INHALT

Europäische Entwicklungen	4	20 JAHRE Europäischer Freiwilligendienst	35
Die Qual der Wahl: EU-Kommission startet das Europäische Solidaritätskorps	4	„Und natürlich ist auch der vorhandene EFD schon jetzt ein Solidaritätsdienst“	36
„Investieren in Europas Jugend“: Jugendpolitik als Chefsache	6	„Wir sehen den Freiwilligendienst als Triangel.“	38
Is Europe really lost?	8	Reichlich Lob für den EFD	41
Projekt Europa: Talente und Optimismus junger Menschen fördern	9	Die eigenen Grenzen benennen	44
Mehr Fördermittel für 2017	11	Strukturierter Dialog	47
Programme Guide 2017 veröffentlicht	11	Zusammenleben mitgestalten: EU-Jugendkonferenz in Košice. Empfehlungen für ein inklusives, vielfältiges und vernetztes Europa	47
Planen Sie Ihre Projekte für 2017	12	Zweiter Evaluierungsbericht zum Strukturierten Dialog in Deutschland veröffentlicht	48
Dringendes Anliegen der EU: Kompetenzentwicklung aller sicher stellen	14		
„Wir müssen gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgern an guten Lösungen arbeiten und Doppelstrukturen vermeiden“	16	Impressum	50
Sektorübergreifende Zusammenarbeit at its best: Kollegialer Austausch bei der „Projektwerkstatt Flucht, Migration und Asyl“ in Loccum	19		
Second thoughts: Stimmen aus der Internationalen Jugendarbeit zu #FreeInterrail	24		
Die EU-Jugendstrategie in Deutschland	28		
Gemeinsam Europa aus der Krise bringen – AGJ fordert Weiterführung der EU-Jugendstrategie	28		
europe@DJHT: Ein gerechtes und soziales Europa für alle jungen Menschen	29		
Grenzüberschreitende Mobilität im Übergangssystem verankern	30		
Kinder- und Jugendausschuss Brandenburgs möchte grenzüberschreitende Jugendmobilität stärken	33		

Editorial

.....

Liebe Leserinnen und Leser,

das Ziel knapp verfehlt, müssen wir leider bei JUGEND für Europa vermelden, zumindest, was den Veröffentlichungstermin für diese Ausgabe unseres Newsletters angeht. Die #02.16 finden Sie daher leicht verspätet in Ihrem Posteingang. Was den Inhalt angeht: 50 starke Seiten zu aktuellen Entwicklungen im Bereich Jugend auf nationaler und europäischer Ebene haben wir für Sie zusammengestellt.

Keine Sorge, der rote Faden für diese Ausgabe ist es nicht, ein weiteres Mal auf den desolaten Zustand der EU hinzuweisen oder zu beklagen, dass die Herzen vieler Menschen für die europäische Idee verschlossen blieben. Im Gegenteil:

„Finde eine Form des europäischen Zusammenschlusses, die mit ihrer gemeinschaftlichen Kraft jedes Individuum in jeder nationalen Gesellschaft rechtlich schützt und gleichzeitig jeden, indem er oder sie sich mit Individuen anderer Sprachen und politischer Kulturen zusammentut, bereichert und freier macht als zuvor“, so lautete eine Forderung Ulrich Becks aus dem Jahr 2014. Das ist bei Weitem keine Utopie oder soziologische Träumerei mehr, sondern für Millionen Menschen in Europa gelebte Selbstverständlichkeit. Eine Tatsache, die natürlich in aktuellen nationalistisch geprägten Abgrenzungsdebatten keine Rolle spielt. Aber spielt sie eine Rolle in unserem Arbeitsalltag, sind wir uns des Wertes dieser „Selbstverständlichkeit“ bewusst? Setzen wir uns dafür ein, sie zu verteidigen und zu vertiefen? In der aktuellen Ausgabe berichten wir von guten Beispielen und Initiativen dazu.

Eines ist gewiss: Die europäische Unmündigkeit der Nationen ist selbstverschuldet und wie sollte man sie anders überwinden als mit mehr Engagement für eine europäische Herzens- und Verstandesbildung von Kindesbeinen an.

In diesem Sinne verspricht JUGEND für Europa, auch 2017 kategorisch zu bleiben:

more europe



EUROPÄISCHE ENTWICKLUNGEN

Die Qual der Wahl: EU-Kommission startet das Europäische Solidaritätskorps

Die Europäische Kommission gibt den Startschuss für das Europäische Solidaritätskorps – nur zwei Monate nach der Ankündigung durch Präsident Juncker. Für die weitere Umsetzung bleiben aber noch Fragen offen, vor allem die nach dem Verhältnis zum Europäischen Freiwilligendienst.

Seit dem 7. Dezember 2016 können sich junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren für das Europäische Solidaritätskorps **registrieren**. Damit können sie, so die EU-Kommission, in Europa einen wichtigen Beitrag zur Gesellschaft leisten, zu Beginn ihrer beruflichen Laufbahn wertvolle Erfahrungen machen und wichtige Kompetenzen erwerben.

Es bietet die Möglichkeit, zum einen einen Freiwilligendienst zu leisten, zum anderen ein Praktikum oder eine Ausbildung zu absolvieren oder eine Stelle anzutreten. Die Laufzeit dieser Projektarten wird zwischen zwei und zwölf Monaten liegen.

Mögliche Einsatzgebiete beziehungsweise Tätigkeitsbereiche sind Bildungswesen, Gesundheitswesen, Integration in die Gesellschaft, Unterstützung bei der Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Bau von Unterkünften, Aufnahme, Unterstützung und Integration von Migranten und Flüchtlingen, Umweltschutz oder Prävention von Naturkatastrophen.

Das Europäische Solidaritätskorps und der Europäische Freiwilligendienst

Für die Einrichtung des Freiwilligenbereichs im Korps war es im Vorfeld eine grundlegende Forderung von EU-Parlament, europäischen Fachorganisationen, Nationalagenturen und Experten, dass vor allem die bisherige 20-jährige Erfahrung des Europäischen Freiwilligendienstes genutzt werden sollte.

Es ist daher davon auszugehen, dass sich wesentliche Durchführungsbestimmungen, inhaltliche und qualitative Kriterien für Projekte und Organisationen, die Begleitung der Freiwilligen und die Höhe der Förderung an den Bestimmungen des EFD ausrichten werden.

Welche Organisationen können sich beteiligen?

Somit kommen als teilnehmende Organisationen mindestens die der bislang auch im EFD aktiven Organisationen infrage.

Organisationen, die sich bereits beim Europäischen Freiwilligendienst angemeldet haben, sind im Prinzip automatisch akkreditiert.

Wie wird das Europäische Solidaritätskorps finanziert?

Das Europäische Solidaritätskorps wird mittels bestehender EU-Finanzierungsprogramme über Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen finanziert. Dabei wird auf bestehende Finanzressourcen aus

- dem Programm „Erasmus+ JUGEND IN AKTION“;
- dem EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI),
- dem Programm „LIFE“;
- dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds,



- dem Gesundheitsprogramm,
- dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“,
- dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und
- dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums

zurückgegriffen. Die teilnehmenden Organisationen werden im Rahmen der Programme Fördermittel beantragen können; die Gewährung der Finanzhilfen geschieht im Einklang mit den Förderrichtlinien der jeweiligen Programme.

Wann wird das Europäische Solidaritätskorps eingesetzt und welche Ergebnisse werden erwartet?

Die Vermittlung von registrierten Jugendlichen und teilnehmenden Organisationen in Bezug auf die freien Plätze soll im Frühjahr 2017 beginnen, die ersten Einsätze sollen bis Juni 2017 laufen.

Kritische Stimmen

Mit einem Lapsus rief die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Kristalina Georgieva, das Korps ins Leben, als sie die Gründung eines "European Voluntary Corps" verkündete. Es dauerte nicht lange, bis erste Kritiker europaweit darauf hinwiesen, dass das neue Angebot zum einen längst noch nicht ausgearbeitet und funktionsfähig sei, zum anderen mit bestehenden erfolgreichen Diensten, wie eben dem Europäischen Freiwilligendienst, konkurriere. Jugendlichen und Organisationen würde es somit schwerfallen, sich zu orientieren und sich für ein bestimmtes Engagement zu entscheiden. In einem Interview zum 20-jährigen Jubiläum des Europäischen Freiwilligendienstes betonte auch EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, dass der EFD schon jetzt ein Solidaritätsdienst sei.

Was in Deutschland und Europa wirklich benötigt werde, so weitere Stimmen aus Verbänden und Freiwilligeneinrichtungen, seien gut ausgebildete Katastrophenhelfer, Sozialarbeiter und andere Berufsgruppen mit Erfahrung in der Bewältigung von Krisensituationen. Diese würden allerdings nirgendwo in ausreichender Zahl gefördert und ausgebildet. Ein Europäisches Solidaritätskorps könne den Mangel nicht auffangen.

Welche Fragen sind noch zu klären?

Obwohl man für den Freiwilligenbereich im Solidaritätskorps davon ausgehen kann, dass sich hier viele Dinge sehr konkret am Europäischen Freiwilligendienst ausrichten werden, ist noch einiges unklar. JUGEND für Europa und die anderen Nationalagenturen für Erasmus+ werden in der nächsten Woche zusammenkommen und sich mit der EU-Kommission über noch offenen Fragen verständigen. Die für den Moment wichtigsten wären hier vor allem die nach möglichen inhaltlichen Unterscheidungskriterien zwischen EFD- und Solidaritätskorpsprojekten, die Antragsprozeduren und die Ansprache beziehungsweise Kontaktaufnahme zwischen Jugendlichen in der Datenbank und den beantragenden Organisationen. Auch die Frage nach der Organisation von Begleitseminaren steht im Raum. <<<<

Dokument: Faktenblatt der EU-Kommission zum Europäischen Solidaritätskorps
 Weitere Informationen und Registrierung unter europa.eu/youth/solidarity.



**EUROPEAN
 SOLIDARITY
 CORPS**

*Solidarität im Anmarsch:
 Wie die engagierte Jugend
 Europas Werte retten soll.*

Eine Mitteilung der Kommission erläutert Sinn und Umsetzung des Europäischen Solidaritätskorps. Mehr als 10.000 junge Menschen aus ganz Europa haben sich bereits registriert.

[Weiterlesen](#)



"Investieren in Europas Jugend": Jugendpolitik als Chefsache

Die Kommission legt ein Gesamtpapier zur Jugendpolitik ab 2017 vor.

Helene Beck für JUGEND in Europa

B Die Lage ist ernst, so kann man den entschlossenen Tenor der Mitteilung zusammenfassen, die die Europäische Kommission programmatisch „Investieren in Europas Jugend“ genannt hat und mit der jugendpolitische Maßnahmen ganz oben auf die Agenda der Europäischen Union platziert werden.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bleibe eine Priorität der EU und der Mitgliedstaaten, beginnt das Papier. Mit über 4 Millionen arbeitslosen jungen Menschen in der EU sind die jungen Europäerinnen und Europäer von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen, die Jugendarbeitslosenquote in der EU ist immer noch doppelt so hoch wie die Gesamtarbeitslosenquote und liegt in manchen Mitgliedstaaten bei über 40%.

Sorge bereitet auch, dass hochwertige Bildung noch nicht für alle Realität ist und dass ein hoher Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler nur über geringe Grundkompetenzen verfügt. 11% der jungen Menschen verlassen die Schule vorzeitig und ohne formale Qualifikation. Vor diesem Hintergrund blickt die nachfolgende Generation nicht mit Zuversicht in ihre Zukunft: 57 % meinen, dass junge Menschen vom wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demokratischen Leben ausgeschlossen sind. Damit drohe, so die EU-Kommission, dass die Millennium-Generation – die Generation Y – die erste Generation seit 70 Jahren werde, der es schlechter gehe als ihren Eltern.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Kommission jetzt Maßnahmen für effektivere Investitionen in junge Menschen vor. Gestützt vom Bratislava-Fahrplan, den die Staats- und Regierungschefs von 27 EU-Mitgliedstaaten nach Junckers Rede zur Lage der Union im September beschlossen haben, sollen der Jugend bessere Chancen geboten werden. Bei dieser Initiative, so die Kommission, gehe es darum, wie die EU und die Mitgliedstaaten ihre Anstrengungen intensivieren können, um jungen Menschen die Unterstüt-

zung, die Bildung und Ausbildung sowie die Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten, „die sie verdienen“.

Anstrengungen verstärken

Das Papier legt Rechenschaft über die bisherigen Maßnahmen der EU ab, ohne zu behaupten, dass diese ausreichend gewesen wären.

- Im Bereich Beschäftigung wurden seit Januar 2014 über 14 Mio. Menschen an nationalen Jugendgarantie-Programmen beteiligt. (Die Jugendgarantie ist das politische Versprechen, dass allen jungen Menschen unter 25 Jahren binnen vier Monaten nach dem Verlust des Arbeitsplatzes beziehungsweise nach der Beendigung der formalen allgemeinen oder beruflichen Bildung ein hochwertiger Arbeitsplatz, eine Weiterbildung, eine Lehrstelle oder ein Praktikum angeboten wird.)
- Der Europäische Sozialfonds (ESF) hat zwischen 2007 und 2013 über 30 Mio. junge Menschen unterstützt.
- Mit Geldern des Fonds für regionale Entwicklung (ERDF) wurden für 6,8 Mio. junge Menschen in 15 Mitgliedstaaten neue oder verbesserte Bildungseinrichtungen geschaffen.
- Im Juni 2016 hat die Kommission eine neue europäische Kompetenzagenda angenommen. Sie enthält ein Bündel von Maßnahmen, mit denen mehr junge Menschen mit besseren Kompetenzen ausgestattet, vorhandene Kompetenzen besser genutzt sowie Kompetenzangebot und Kompetenzbedarf besser aufeinander abgestimmt werden sollen.
- Erasmus+ fördert in den Jahren 2014 bis 2020 mit insgesamt 14,8 Mrd. Euro Beschäftigungsfähigkeit und bürgerschaftliches Engagement.



Die EU-Jugendstrategie soll im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt mehr Möglichkeiten und Chancengleichheit für junge Menschen schaffen und junge Menschen ermutigen, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu übernehmen.

Mehr davon

Die künftigen Maßnahmen, die das Papier auflistet, sollen darauf aufbauen und bessere Chancen auf Beschäftigungszugang, bessere Möglichkeiten durch allgemeine und berufliche Bildung und mehr Chancen für Solidarität, Lernmobilität und Engagement bringen.

Das soll vor allem mit einer deutlichen Aufstockung von Mitteln geschehen. So werden auf Erasmus+ bis 2020 insgesamt 200 Millionen Euro draufgelegt und anlässlich des 30-jährigen Bestehens von Erasmus wird die Kommission 2017 außerdem „die multimodale Mobilität von jungen Menschen unterstützen, die an einem Bildungsprojekt beteiligt sind“. Die Mittel für die Durchführung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen sollen in den Jahren 2017-2020 um eine Milliarde Euro aufgestockt werden und die abgestimmte Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten soll durch Investitionen in das Humankapital die Beschäftigungsfähigkeit von jungen Menschen besonders fördern.

Als quasi ideale und finanzielle Maßnahmen werden das Solidaritätskorps genannt (siehe [NEWS](#)) und eine Erneuerung der Europäischen Jugendstrategie nach 2018, deren Umsetzung verbessert werden soll. 2017 will die Kommission gezielte Maßnahmen vorlegen, um die Schul- und Hochschulbildung zu modernisieren, und sie will einen Qualitätsrahmen für die Lehrlingsausbildung vorschlagen, der die Qualität der Lehrlingsausbildung, die mit EU-Programmen (Jugendgarantie, Beschäftigungsinitiative für junge Menschen, Europäisches Solidaritätskorps, Erasmus+ und Europäischer Sozialfonds) gefördert wird, stärken soll. Außerdem soll es künftig innerhalb des bestehenden Programms Erasmus+ zur Unterstützung von Arbeitspraktika im Ausland mit „ErasmusPro“ eine neue Mobilitätsmaßnahme für längerfristige (6-12 Monate) Aufenthalte geben.

Die Maßnahmen, „ein Bündel ehrgeiziger Initiativen“, die der Europäische Rat auf seiner Tagung am

15. und 16. Dezember 2016 beschlossen hat, sind laut eigener Einschätzung der Kommission ein Ausdruck von Entschlossenheit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit zum Zentrum europäischer Jugendpolitik zu machen. Weder Ignoranz noch Untätigkeit will man sich vorwerfen lassen: „Sich mit der Lage junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu befassen, ist zugleich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und letztlich der Glaubwürdigkeit des europäischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells.“ Markig ist's allemal: „Diesen Kampf muss Europa gewinnen.“ Das Gesamtpapier zur Jugendpolitik ab 2017 finden Sie [hier](#).

Jahresendwünsche der AGJ: Jugendpolitik bottom up!

Das Positionspapier „Fortführung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa ab 2019“ legt sich quer.

[Weiterlesen](#)



Is Europe really lost?

Jugend- und bildungspolitische Erwägungen zur notwendigen Erneuerung Europas.

Ein Artikel von Hans-Georg Wicke und Manfred von Hebel.

Aktuelle Entwicklungen geben Anlass zu Sorge um die Zukunft Europas. Europa war und ist zwar einer ständigen Entwicklung unterworfen, aber der Brexit ist eine neue Wegmarke für ein wachsendes Misstrauen gegenüber einem offenen und solidarischen Europa. Inzwischen geht es um die Bewahrung von europäischen Grundlagen und Werten und die Vermeidung des Rückfalls in die Zeiten des Nationalismus. Es braucht die Erneuerung der europäischen Idee, eine neue europäische Erzählung auf der Grundlage des gelebten europäischen Alltags. Diese Erneuerung, so die Autoren, müsse wesentlich die Belange junger Menschen in den Mittelpunkt stellen, für die Europa nicht nur ihre jetzige, sondern auch ihre zukünftige Lebensgrundlage darstelle, und sie fragen, was es somit für die politische Bildung,

die Jugendarbeit, Jugendhilfe und Jugendpolitik zu tun gilt? Wie könnte Europa als Lebens-, Erfahrungs- und Entwicklungsraum für junge Menschen erfahrbar gemacht werden? Dazu schlagen Wicke und von Hebel eine Initiative zur Erneuerung Europas in 10 Punkten vor. Sie appellieren darin an alle Akteure der Zivilgesellschaft, insbesondere an die Träger politischer (Jugend-)bildung, die Europäisierung des fachlichen Dialogs und der fachlichen Arbeit voranzutreiben und europäische Zusammenarbeit auf allen Ebenen anzustreben. <<<<<

Der Artikel wurde veröffentlicht in: (Miss)Verständnis Europa, Zeitschrift Außerschulische Bildung (2016), Nr. 4. Den vollständigen Artikel finden Sie [hier](#).

EU-Bildungsbericht: Mitgliedstaaten müssen mehr für Inklusion und Integration tun.

Die EU-Mitgliedstaaten müssen ihre Bildungssysteme bedarfsorientierter und inklusiver gestalten, besonders mit Blick auf die Integration von Zuwanderern. Das zeigt der am 7. November 2016 veröffentlichte [Anzeiger für die allgemeine und berufliche Bildung 2016](#).

[» Weiterlesen](#)



Quelle: EU-Kommission

Europäische Jugendgarantie schafft Bildungs- und Jobangebote für neun Millionen junge Menschen

Rund neun Millionen junge Menschen haben seit 2013 ein Angebot der Europäischen Jugendgarantie angenommen, die meisten davon waren Stellenangebote. Die Europäische Kommission hat am 4. Oktober 2016 eine vorläufige Bilanz der wichtigsten Erfolge der [Jugendgarantie](#) und der [Beschäftigungsinitiative für junge Menschen \(Youth Employment Initiative – YEI\)](#) seit dem Start 2013 vorgelegt und daraus Schlussfolgerungen für die Verbesserung der nationalen Jugendgarantie-Programme gezogen.

[» Weiterlesen](#)



Quelle: EU-Kommission



Projekt Europa: Talente und Optimismus junger Menschen fördern

Talente und die Potentiale junger Menschen fördern ist seit Langem eine anerkannte Aufgabe von Jugendarbeit und Jugendhilfe. Was dies aber in der heutigen Zeit für das Handlungsfeld bedeutet, damit hat sich der EU-Rat der Jugendministerinnen und -minister in seiner Sitzung am 21. November befasst.

Dr. Helle Becker für JUGEND für Europa, Foto: Screenshot www.generation-what.de

Für den EU-Rat der Jugendministerinnen und -minister bedeute es in erster Linie, dass die Jugendarbeit neue und innovative Ansätze benötige, die sie selbst mit jungen Menschen, Organisationen, Jugendverbänden und besonders auch mit anderen Sektoren entwickelt. In ihren diesbezüglichen Schlussfolgerungen legen die Ministerinnen und Minister den Schwerpunkt auf den Beitrag der Jugendarbeit, die Potentiale junger Menschen zu erkennen und voranzubringen. Unter Letzterem versteht der Rat die Entwicklung von (bisher verborgenen) Qualitäten und Fähigkeiten, die zu zukünftigen Erfolgen oder Nutzen für die jeweils individuelle Situation des jungen Menschen führt. Ein solches Potential solle für alle jungen Menschen nutzbar gemacht werden.

Freiräume für Jugendliche; Fachkräfte, die darauf eingehen können

Neue und innovative Ansätze, effektive sektorübergreifende Arbeit und ein sich Einlassen auf die digitale Welt werden hier von der Jugendarbeit erwartet. Jugendarbeit sollte hinsichtlich neuer Trends im Leben junger Menschen stimulierend, anpassend und

attraktiv wirken sowie auf Wünsche und Bedürfnisse eingehen. Die Jugendarbeit solle den Jugendlichen Raum bieten, zu experimentieren und, als Teil des Lern- und sozialen Integrationsprozesses, neue Dinge auszuprobieren.

In diesem Sinne sind die Mitgliedstaaten eingeladen, neue Ansätze und Instrumente in der Jugendarbeit zu fördern und deren Entwicklung, Design, Anwendung und Verbreitung zu unterstützen. Sie sollen Kompetenzen und Fähigkeiten von Fachkräften der Jugendarbeit stärken, innovativ und potentialfördernd zu agieren. Flexible Räume und Möglichkeiten zum Ausprobieren seien notwendig, in denen Fachkräfte der Jugendarbeit und junge Menschen lernen können, auf sich schnell wandelnde Bedingungen und Lebensstile zu reagieren und mit komplexen Situationen und Themen umzugehen.

Junge Menschen für das „Projekt Europa“ gewinnen

Ein zweiter Schwerpunkt der Sitzung war eine Auseinandersetzung mit der Frage, welche Rolle junge Menschen bei der Entwicklung einer modernen EU



haben und wie sie für das „Projekt Europa“ wiedergewonnen werden können. Die Vorlage dazu hatte der Europäische Gipfel in Bratislava vom September 2016 gegeben. Die Staats- und Regierungschefs hatten dort vereinbart, den Bürgerinnen und Bürgern in den kommenden Monaten die Vision einer attraktiven EU, „der sie vertrauen und die sie unterstützen können“, aufzuzeigen. Dies schließt auch ein, eine aussichtsreiche wirtschaftliche Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, die Lebensqualität in der EU zu erhalten und Chancen für junge Menschen zu verbessern.

Zum Start der Vereinbarung stellte die European Broadcasting Union Ergebnisse der paneuropäischen Umfrage „[Generation What?](#)“ vor. In einem multimedialen Projekt konnten und können sich junge Menschen zu verschiedenen Fragen äußern, bezüglich ihrer Werte, Familie, Zukunftsvorstellungen und auch Europa. Ein Ergebnis: Zum Thema Europa gehen

eine optimistische Grundhaltung und die Unterstützung für Europa Hand in Hand. Umgekehrt bedeutet dies: Je mehr sich junge Menschen unsicher fühlen und pessimistisch sind, desto mehr Vorbehalte gibt es der EU gegenüber.

Konsens gab es in der anschließenden Aussprache zwischen den Jugendministern und Jugendministerinnen dazu, dass sich die EU wieder verstärkt um junge Menschen kümmern und ihre Beteiligung verbessern müsse. Für Dezember hat die Europäische Kommission in der Sitzung dann auch ein Initiativpaket angekündigt, mit dem die Jugendarbeitslosigkeit bekämpft und Solidarität und Engagement von jungen Menschen in Europa gefördert werden sollen. <<<<<

Die „Schlussfolgerungen zur Förderung neuer Ansätze in der Jugendarbeit für die Sichtbarmachung und Entwicklung des Potenzials junger Menschen“ finden Sie [hier](#).

Erasmus+ im Blick des Europäischen Parlaments: Mehr Gewicht für den Jugendbereich ab 2020

Im zuständigen Ausschuss des Europäischen Parlamentes machte Hans-Georg Wicke, Leiter von JUGEND für Europa, deutlich, welche Folgerungen die zuständigen Nationalen Agenturen aus den ersten drei Jahren der Umsetzung des Jugendkapitels in Erasmus+ ziehen.

[» Weiterlesen](#)

Jugendarbeit in Europa weiter stärken: Stellungnahme zur bisherigen Umsetzung von Erasmus+ JUGEND IN AKTION

Elf Jugendorganisationen und Jugendverbände in Deutschland benennen Handlungs- und Weiterentwicklungsbedarfe für das EU-Programm.

[» Weiterlesen](#)

Die Stellungnahme zur bisherigen Umsetzung Erasmus+ JUGEND IN AKTION finden Sie [hier](#).



Mehr Fördermittel für 2017

Erasmus+ geht 2017 in das vierte Jahr seiner Umsetzung. Schon jetzt ist klar:
Die Fördermittel werden nächstes Jahr erheblich steigen.

Nach Deutschland werden dann insgesamt 21.701.567,- Euro an Fördermitteln für Erasmus+ JUGEND IN AKTION fließen. Dies sind über vier Millionen Euro mehr als im Jahr 2016. Dies bedeutet ein Plus von umgerechnet 23 Prozent.

Die Steigerung betrifft insbesondere die Leitaktionen 1 und 2. Damit können vor allem Jugendbegegnungen, der Europäische Freiwilligendienst, die Mobi-

litätsmaßnahmen für Fachkräfte der Jugendarbeit sowie die Strategischen Partnerschaften von dem Mittelzuwachs profitieren.

Europaweit werden 2017 insgesamt über 2,5 Milliarden Euro an Fördermitteln für Erasmus+ zur Verfügung stehen. Dies ist eine Steigerung von 13% gegenüber dem Vorjahr. Auf den Jugendbereich entfallen davon 232 Millionen Euro (+ 12%). <<<<

Programme Guide 2017 veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat den Aufruf (Call for Proposals) sowie den Programme Guide für Erasmus+ veröffentlicht. 2017 stehen 2,5 Mrd. Euro an Fördermitteln für Erasmus+ zur Verfügung. Auf den Jugendbereich entfallen davon 232 Millionen Euro.

Die Erhöhung des Gesamtbudgets um 13 Prozent im Vergleich zu diesem Jahr ist eine Anerkennung der positiven Wirkung, die das Programm auf das Leben der Menschen in Europa hat. Kommissionspräsident Jean-Claude

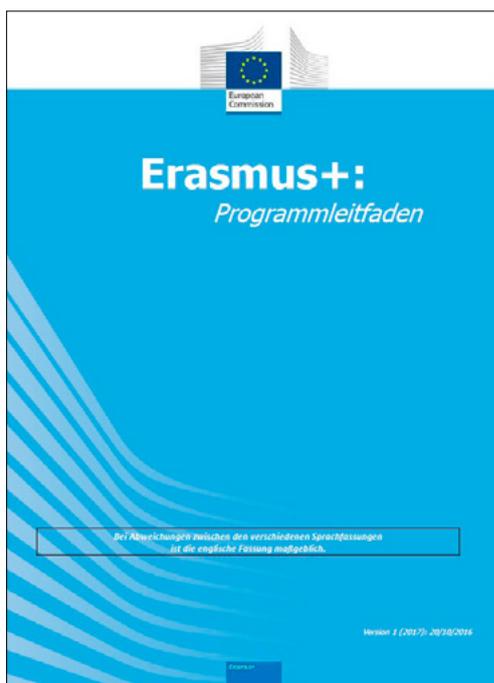
Juncker hatte in seiner Rede zur Lage der Europäischen Union am 14. September die große Bedeutung von Erasmus+ hervorgehoben, da das Programm den Menschen die Möglichkeit gibt, europaweit zu reisen, zu arbeiten, zu studieren und sich weiterzubilden.

Die Europäische Kommission fordert mit ihrem Aufruf dazu auf, neue Projekte für Erasmus+ für das Jahr 2017 einzureichen. Der ebenfalls veröffentlichte Programmleitfaden informiert zu inhaltlichen Schwerpunkten, Rahmenbedingungen und Antragsverfahren im Programm.

Die erste Antragsrunde endet am 02.02.2017 um 12:00 Uhr. <<<<

Den Programme Guide 2017 auf Englisch finden Sie [hier](#).

Den Programmleitfaden 2017 auf Deutsch finden Sie [hier](#)





Planen Sie Ihre Projekte für 2017

Die EU-Kommission hat die neuen Programmrichtlinien für 2017 veröffentlicht. Europäische Bürgerschaft zu stärken, Toleranz und kulturelle Vielfalt zu fördern sowie (vor allem auch benachteiligte) Jugendliche in demokratische Prozesse einzubinden:

Dies steht weiterhin im Fokus von Erasmus+ JUGEND IN AKTION.

Antragstellerinnen und Antragsteller können 2017 von einem deutlich erhöhten Förderbudget profitieren.

2 017 fließen insgesamt über 21 Millionen Euro Fördermittel für Erasmus+ JUGEND IN AKTION nach Deutschland.

Dies ist ein Plus von umgerechnet 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit wird die Bedeutung des Programms weiter gestärkt – und werden die vielen Impulse für ein friedliches Zusammenleben in Europa gewürdigt, die vom Programm und seinen geförderten Projekten ausgehen. Die Ziele und Prioritäten, die Erasmus+ JUGEND IN AKTION verfolgt, bleiben unverändert bestehen. Neben der Förderung von europäischer Bürgerschaft, von demokratischem Bewusstsein, von Toleranz und Vielfalt in Europa sind dies unter anderem:

- Verbesserung der Schlüsselkompetenzen und -fertigkeiten junger Menschen, einschließlich junger Menschen mit geringeren Chancen,
- Förderung interkultureller und interreligiöser Verständigung sowie von sozialer Integration und Solidarität,

- Förderung der Beteiligung am demokratischen Leben und am Arbeitsmarkt,
- Förderung von Qualitätsverbesserungen in der Jugendarbeit,
- Ergänzung der politischen Reformen im Jugendbereich auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene,
- Förderung der Entwicklung einer wissenschafts- und evidenzbasierten Jugendpolitik sowie der Anerkennung nichtformalen und informellen Lernens,
- Stärkung der internationalen Dimension der Aktivitäten im Jugendbereich.

Neue Möglichkeiten im Europäischen Freiwilligendienst

Neu ist der "Strategische Europäische Freiwilligendienst". Mit ihm führt die EU-Kommission einen Aktivitätstyp ein, der erfahrenen koordinierenden Organisationen im EFD offensteht.





JUGEND für Europa wird Anfang 2017 eine Projektwerkstatt hierzu anbieten. Interessierte Träger werden dort die Gelegenheit haben, das neue EFD-Format kennenzulernen und Projektideen zu entwickeln.

Weitere Änderungen in den Richtlinien

Es ergeben sich für das kommende Jahr nur wenige Änderungen in der Programmumsetzung, siehe hierzu [Leitaktion 1](#) und [Leitaktion 2](#).

Generelle Informationen

Alle Projektanträge müssen sich an den Richtlinien und Gewährungskriterien der einzelnen Leitaktionen ausrichten, um eine Förderung über das Programm erhalten zu können. Bitte nutzen Sie hierzu unbedingt den offiziellen [Programtleitfaden der](#)

[Europäischen Kommission](#). Wenn Sie unsicher sind, ob und wie sich Ihre Projektvorhaben mit den Richtlinien von Erasmus+ vereinbaren lassen, setzen Sie sich bitte mit den Kolleginnen und Kollegen von JUGEND für Europa im Vorfeld der Antragstellung in Verbindung.

Die erste Antragsrunde für 2017 endet am 02.02.2017 um 12:00 Uhr. Wieder wird es drei Antragsfristen geben, an denen Sie Ihre Projekte bei JUGEND für Europa einreichen können. Die Übersicht über die Antragsfristen finden Sie [hier](#). Alle Informationen sowie alle relevanten Dokumente zu Erasmus+ JUGEND IN AKTION finden Sie auf unserer Internetseite www.jugend-in-aktion.de.



Strategischer Europäischer Freiwilligendienst

Der "Strategische Europäische Freiwilligendienst" richtet sich an koordinierende Organisationen, die bereits EFD-Projekte durchgeführt haben. Auf verschiedenen Ebenen sollen Herausforderungen bewältigt werden, außerdem können ergänzende Aktivitäten zur Erreichung der Projektziele durchgeführt werden.

Um hier einen Antrag stellen zu können, muss die antragstellende Organisation positive Ergebnisse in der Durchführung von EFD-Projekten aus der Vergangenheit vorweisen können und mindestens bereits einmal als koordinierende Organisation fungiert haben. Der Antragsteller muss innerhalb der letzten drei Jahre vor der entsprechenden Antragsfrist Projekte in Erasmus+ JUGEND IN AKTION mit mindestens sechs Freiwilligen abgeschlossen haben.

Innerhalb des "Strategischen Europäischen Freiwilligendienstes" gibt es die Möglichkeit, zur Erreichung der Projektziele und zur Erhöhung der systemischen Wirkung, ergänzende Aktivitäten durchzuführen

(wie Job Shadowing, Treffen, Workshops, Konferenzen, Seminare, Trainingskurse, Coaching etc.). Diese müssen im Antrag beschrieben und begründet werden.

Ergänzende Aktivitäten werden auf Grundlage einer Anteilsförderung gefördert. Die förderfähigen Kosten berechnen sich aus den kalkulierten direkten Kosten der Aktivitäten plus einer Pauschale von maximal 7% dieser direkten Kosten für indirekte Kosten (allgemeine Verwaltungskosten). Von diesen gesamten förderfähigen Kosten können maximal 80% gefördert werden.

Die mögliche Projektdauer liegt zwischen zwölf und 36 Monaten. Für den Strategischen EFD wird es jedes Jahr eine Deadline geben, zu der Anträge eingereicht werden können (2017 ist dies der 26. April 2017, 12:00 Uhr).



Dringendes Anliegen der EU: Kompetenzentwicklung aller sicher stellen

Mit der Anfang Juni dieses Jahres von der Europäischen Kommission vorgelegten Mitteilung über eine "Europäische Agenda für neue Kompetenzen" will die Europäische Kommission der Reform der Bildungs- und Berufsbildungssysteme zur Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit aller Bürger und Bürgerinnen in der EU zu einem neuen politischen Schub verhelfen.

Durch die Modernisierung bestehender, aber auch die Einführung neuer Maßnahmen soll der Bildungsstand gering qualifizierter Menschen insbesondere mit Blick auf den Bedarf des Arbeitsmarktes verbessert werden. Ausgangspunkt ist die Situation, dass Studien zufolge 70 Millionen Europäerinnen und Europäer keine ausreichenden Lese- und Schreibkompetenzen, und noch mehr Menschen Defizite beim Rechnen und bei den digitalen Kompetenzen haben. Gleichzeitig berichten 40% der europäischen Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, dass sie keine Arbeitskräfte mit Kompetenzen fänden, die für Wachstumsbranchen und Innovation benötigt würden.

Zehn Maßnahmen zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit europäischer Bürgerinnen und Bürger

Die Agenda beinhaltet zehn Maßnahmen, die in den

kommenden zwei Jahren vorangebracht werden sollen. Dazu gehören unter anderem die Einführung einer Kompetenzgarantie, die Überarbeitung des Europäischen Qualifikationsrahmens, die Stärkung von digitalen Kompetenzen für den Arbeitsmarkt, die Überarbeitung des Europass-Rahmens und der europäischen Definition von Schlüsselkompetenzen. Auch der Abwanderung qualifizierter Fachkräfte („Brain Drain“) soll stärker entgegen gewirkt werden. Der Fokus liegt bei der Agenda eindeutig auf dem „upskilling“ niedrig qualifizierter Personen und soll den Mitgliedstaaten Anregungen für die Lösung spezifischer (nationaler) Arbeitsmarktprobleme liefern.

Jugend ist nur eine von mehreren Zielgruppen

Damit steht Jugend nur als eine Zielgruppe von vielen im Blickpunkt der Initiative. Jugendpolitische Schnittstellen sind nichtsdestotrotz vorhanden. Die Überarbei-





Die europäische Grundlage für die Definition von Schlüsselkompetenzen kann einen produktiven Rahmen für die Arbeiten zur Sichtbarmachung von non-formal und informell erworbenen Kompetenzen im Jugendbereich bieten. Dazu gehören unter anderem der Youthpass und das Kompetenzmodell für Fachkräfte der Jugendarbeit/Jugendhilfe. Der Jugendbereich sollte dazu beitragen, dass gerade die aus dem Arbeitsmarkt gefragten transversalen Kompetenzbereiche gestärkt werden, wie die Lernkompetenz, Unternehmergeist, soziale und Bürgerschaftskompetenzen.

Auch bei der Schwerpunktsetzung auf digitale Kompetenzen werden junge Menschen, aber auch der Jugendbereich mit seinen Initiativen und Erfahrungen Beiträge leisten können. Dabei wird der zentrale Aspekt im Raum stehen, dass nicht alle digitalen Projekte und Initiativen die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit junger Menschen, sondern insbesondere die Bearbeitung von Inhalten in der Jugendarbeit verfolgen. Eine stärkere Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe in einer digitalen Entwicklung kann möglicherweise aber auch die Nachhaltigkeit und eine Langzeitfinanzierung von digitalen Initiativen stärken.

Anerkennung non-formal erworbener Kompetenzen als pädagogischer Prozess und Nachweisinstrument

Mit dem Europäischen Qualifikationsrahmen und der Empfehlung zur Anerkennung non-formal und informell erworbener Kompetenzen als Teil der

Kompetenzagenda wird der Anerkennungsaspekt für die berufliche Verwertbarkeit gestärkt. Hiermit verbundene Diskussionen um Kompetenzen junger Menschen für die persönliche Entwicklung und das gesellschaftliche Engagement rücken damit weiter in den Hintergrund.

Bei der Überarbeitung des Europass wird die Verbindung zu Youthpass einen wichtigen Aspekt darstellen. Das wird ein spannender Prozess und dieser ist wichtig, um die vorhandene und lange beklagte Lücke zu schließen. Es wird darum gehen, Youthpass und den Prozess des Erstellens eines Youthpasses als pädagogische Maßnahme und das Zertifikat als Anerkennungswerkzeug des Jugendbereiches zu würdigen. In der gewünschten Überarbeitung von Europass hat Self-Assessment einen entsprechenden Platz. Diese Weiterentwicklung ist wichtig und gut und vor allem ein weiterer Schritt in Richtung Stärkung der formalen Anerkennung non-formal und informell erworbener Kompetenzen.

Mit der Europäischen Agenda für neue Kompetenzen steht die Beschäftigung im Mittelpunkt und die Jugend wird als Arbeitskraft von heute und morgen in den Blick genommen. Der Jugendbereich kann an einigen Stellen fachliche Beiträge leisten, ohne sich für das zentrale Anliegen des Wirtschafts- und Beschäftigungswachstums in der EU instrumentalisieren zu lassen.



.....
Weitere Informationen zur Europäischen Agenda finden Sie [hier](#).

Die Fluchtbewegung nach Europa als Bewährungsprobe für die internationale Jugendarbeit – Ergebnisse der Projektwerkstatt "Flucht, Asyl und Migration"

Internationale Jugendarbeit erfährt – leider vor allem auf Grund der europäischen Krise – im Moment mehr Anerkennung. Doch auch über tagespolitische Belange hinaus gilt es, sie zu stärken, so ein übergreifendes Fazit der "Projektwerkstatt Flucht, Asyl und Migration" in Loccum.

Babette Pohle für JUGEND für Europa

[Weiterlesen](#)



„Wir müssen gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgern an guten Lösungen arbeiten und Doppelstrukturen vermeiden“

Wie kann man ehrenamtliches Engagement in der Flüchtlingshilfe fördern und ausbauen? Welchen Stellenwert hat die transnationale Zusammenarbeit dabei? Welchen Handlungs- und Verbesserungsbedarf gibt es beim Jugendprogramm Erasmus+? Und: Wie tragen wir unsere Forderungen an die politische Ebene heran? JUGEND für Europa sprach darüber mit Judith Wind-Schreiber, Leiterin des Europabüros der Katholischen Jugendarbeit und Erwachsenenbildung in Brüssel.

Das Interview führte Babette Pohle im Auftrag von JUGEND für Europa, Foto: Babette Pohle

»JUGEND für Europa: Die Projektwerkstatt „Flucht, Migration und Asyl“ vom 2. bis 4. November 2016 in Loccum widmete sich der Frage, wie man den Herausforderungen des Flüchtlingszuzuges mit Hilfe ehrenamtlichen Engagements begegnen kann. Ziele sind unter anderem, die Debatte um europäische Werte anzuregen, aber natürlich auch die Vernetzung der teilnehmenden Organisationen und Initiierung von transnationalen Projekten. Welchen Stellenwert messen Sie diesen transnationalen Projekten in der Arbeit mit Geflüchteten bei?

«Judith Wind-Schreiber: Ich denke grundsätzlich, dass es über die transnationale Arbeit möglich ist, sich andere Konzepte anzuschauen, wie man Geflüchtete integrieren kann. Für mich ist der Stellenwert also sehr hoch, da ich glaube, dass in anderen Ländern gute Konzepte bestehen, man vielleicht auch verstehen kann, warum europäische Asylpolitik manchmal scheitert und manchmal nicht scheitert – weil es eben unterschiedliche Vorstellungen gibt. Man kann im transnationalen Austausch sehr viel voneinander lernen: Wie kann man Ehrenamtliche schulen, wie kann man Sprachkurse anders gestalten, wie sind die anderen Systeme aufgebaut und so weiter.

»In Ihrem Gastbeitrag im „Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa“ des Bundesnetzwerkes für bürgerschaftliches Engagement fordern Sie, im Namen der Trägerorganisationen des Europabüros, einen Ausbau der Unterstützung ehrenamtlichen Engagements in der Flüchtlingshilfe – ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe, die ja bereits intensiv auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Wie sähe so ein Ausbau konkret aus, Ihrer Meinung nach?

«Ich fordere im Prinzip nicht den Ausbau des Ehrenamtes – ich sage nicht: „Ihr müsst Euch mehr engagieren“ – sondern ich fordere Rahmenbedingungen, um Ehrenamtliche besser schulen zu können. Was wir zum Beispiel im Moment sehen ist: Es gibt eine extrem große Bereitschaft – viele Ehrenamtliche, die viel machen, sich

engagieren wollen – aber das Problem ist, dass vielen ein fundiertes Wissen fehlt, sie zum Beispiel keine Ahnung von posttraumatischen Störungen Geflüchteter haben. Es braucht Menschen, die geschult werden können. Da können auch europäische Fördermittel dafür genutzt werden, damit man solche Konzepte weiterentwickelt. Das kann natürlich auch auf kommunaler, Landes- und Bundesebene passieren und passiert ja auch. Aber eben auch da kann man sich im Austausch anschauen, wie das in anderen Ländern und Kommunen läuft – wie gehen die damit um in der Kinder- und Jugendhilfe und im ehrenamtlichen Bereich.

»An wen richtet sich Ihre Forderung?

«Die Forderung richtet sich an politische Entscheidungsträger auf europäischer und auch auf Bundesebene. Was wir sagen, ist, dass es fünf Richtlinien und Verordnungen gibt, die das europäische Asylrecht ausmachen. Diese Richtlinien und Verordnungen haben viele Bestimmungen, die die Aufnahme von Geflüchteten regeln – wann hat jemand Zugang zu Bildung, wann hat jemand Zugang zu Arbeit und Beschäftigung, wann hat jemand Zugang zu psychologischer Betreuung und so weiter. Wenn diese Regeln dann aber nicht angewandt werden oder von den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich angewandt werden, dann ist man auch nicht glaubwürdig. Deutschland fordert ja immer, dass zum Beispiel Griechenland oder Ungarn endlich mal europäisches Asylrecht anwenden sollen, aber Deutschland verstößt teilweise selbst gegen die Richtlinien. Also: Wenn es ein einheitliches Asylrecht gibt, muss das auch von allen Mitgliedstaaten angewandt werden.

Ein weiterer Punkt ist, die Fördermittel auf europäischer Ebene mit einem europäischen Haushalt zu unterlegen. Erasmus+ beispielsweise ist ein Programm, welches komplett überzeichnet ist, es gibt im Jugendbereich teilweise Ablehnungsquoten von über achtzig Prozent, das zeigt ja



den großen Bedarf. Wenn man also über Rahmenbedingungen in der Flüchtlingshilfe spricht, muss man auch an die finanziellen Seiten denken und daran, dass das eine langfristige Aufgabe ist, dass die Budgetlinien von Erasmus+, dem Europäischen Sozialfonds, dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) auch dazu dienen, dass am Ende Integration stattfindet und nicht, in Bezug auf den AMIF, nur zum Grenzschutz und zur Abwehr.

» EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker brachte kürzlich die Idee des „Solidarity Corps“ als Erweiterung dieser bereits stattfindenden ehrenamtlichen Arbeit ein – Freiwillige, die gezielt an sozialen Brennpunkten und in der Flüchtlingsarbeit eingesetzt werden können. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

« Grundsätzlich sehe ich, was Junckers Idee hinter Vorschlägen wie diesen ist: Man möchte zeigen, dass die EU handlungsfähig ist, man möchte zeigen, dass die EU die Krise überstehen kann und dazu hat er verschiedene Ideen. Da hat er die Idee, den Grenzschutz und die Verteidigung stärker auszubauen und da hat er auch die Idee des Soli Corps im Kopf, es gibt die Idee von FreeInterrail und so weiter. Grundsätzlich finde ich es gut, dass in EU-Maßnahmen investiert werden soll, die Freiwilligentätigkeit und Solidarität fördern, aber ich bin dafür, dass es keine Doppelstrukturen geben darf. Wir haben schon Programme, es muss nicht alles neu erfunden werden, sondern bestehende Ansätze sollten verknüpft werden. Zum Beispiel, indem Erasmus+ finanziell aufgestockt wird.

» Im „Positionspapier des katholischen Europabüros zur Integration von Flüchtlingen“ fordern Sie das Zurverfügungstellen von Informationsmaterial für Geflüchtete zur Orientierung im jeweiligen Mitgliedstaat, in unterschiedlichen Sprachen sowie gleichermaßen eine Verstärkung der politischen Bildung, um die Ausbildung rechtsextremistischer Sichtweisen unter der hier lebenden Bevölkerung zu verhindern. Wen genau fordern Sie zur Erstellung dieses Materials und zur Durchführung der Maßnahmen auf?

« Es wird ja an vielen Stellen bereits Infomaterial erstellt und politische Bildung angeboten – zwei meiner Träger zum Beispiel sind sehr aktiv dabei, die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke in der Bundesrepublik Deutschland (AKSB) und die Katholische Erwachsenenbildung Deutschland (KEB), sie bieten Sprachkurse und politische Bildung an. Wir sehen aber an vielen Stellen, dass die Mittel nicht ausreichen. Und man muss sich an manchen Stellen zusammensetzen und



sich überlegen, wie man die Zielgruppen besser erreichen kann. Viele Maßnahmen erreichen natürlich schon einige Menschen, aber längst nicht die, die am Schluss die AfD wählen oder bei PEGIDA mitlaufen. Und da muss man sich ganzheitlich überlegen, wie man Konzepte anders angeht und auch inhaltlich informiert, denn meine Erfahrung ist es, dass viel Unwissen existiert. Es muss einen Austausch auch mit jenen Menschen geben, die sehr rechtsgerichtet sind, wir haben sie lange genug ignoriert. Das heißt nicht, dass man Verständnis dafür haben oder mit Nazis reden muss, aber man sollte verstehen, wovor Menschen Angst haben und dass viele Fakten, die von Rechtspopulisten gestreut werden, einfach falsch sind.

» Wäre hier die Einrichtung einer „Europäischen Zentrale für politische Bildung“ sinnvoll, wie sie von Daniel Kraft von der Bundeszentrale für politische Bildung gefordert wurde, um auch ein Stück weit inhaltliche Kohärenz zu gewährleisten?

« Der Gedanke gefällt mir. Was ich grundsätzlich merke, ist, dass viel Unwissen über die Europäische Union besteht. Es gibt Daten von Eurostat, die zeigen, wie wenig Wissen die Menschen über die Europäische Union haben, wie wenig Wissen die Menschen über rechtspopulistische Szenen in Europa haben. Auch in den Schulen wird extrem wenig über den europäischen Gedanken gelehrt oder darüber, wie die EU funktioniert. Und Themen wie: Was ist eine demokratische Gesellschaft, wie funktioniert sie, wie kann ich mich als Bürger einbringen – da der Vorwurf ja ist, man würde nicht gehört und nicht wahrgenommen. Es gibt auf europäischer Ebene die Bürgerinitiative. Das heißt natürlich nicht, dass sie das perfekte Tool ist – eine Bürgerinitiative mit einer Million Unterschriften aus sie-



ben Ländern – das ist natürlich eine große Hürde, die man packen muss. Aber trotzdem gibt es die. Das wissen die allerwenigsten. Die Frage ist: Wie kann man sich über die Dinge, die es schon gibt, die aber auch fehlen, stärker austauschen, sie stärker verbreiten?

» Kürzlich erschien eine Stellungnahme von elf Jugendorganisationen und Dachverbänden der internationalen Jugendarbeit zu Handlungs- und Weiterentwicklungsbedarfen von Erasmus+ JUGEND IN AKTION, teilweise erarbeitet von den Trägerorganisationen des Europabüros. Dort geht man auf finanzielle, organisatorische Defizite des Förderprogramms sowie auf Defizite der Anerkennung und öffentlichen Wahrnehmung ein. Sehen Sie auch inhaltlichen Veränderungsbedarf des Programms, was die Arbeit mit Geflüchteten in Projekten von Erasmus+ JUGEND IN AKTION betrifft?

« Wir sehen schon in dem Programm eine positive Entwicklung. Es ist ja stark von Jugendarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise geprägt worden, es ging zunächst viel um den Übergang Schule-Beruf, Beschäftigungsfähigkeit und so weiter. Das waren Tendenzen, die uns nicht gefallen haben. Es ist traurig, dass erst eine Flüchtlingskrise kommen musste, erst Attentate folgen mussten, damit in solchen Programmen wieder stärker der Gedanke von Demokratieerziehung und bürgerschaftlichem Engagement fokussiert wird – all die Dinge, die wir in der Jugendarbeit und der Erwachsenenbildung schon immer leisten. Das finde ich sehr wichtig.

In der Pariser Erklärung der Bildungsminister wurde genau das gefordert – das interkulturelle Lernen und so weiter. Das ist ja alles nichts Neues, diese Konzepte existieren ja schon seit Jahren. Und darauf muss man den Fokus richten. Darüber hinaus stelle ich mir manchmal die Frage, warum im Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION überhaupt der Fokus auf Beschäftigungsfähigkeit lag, da es schon ein Programm zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit gibt und das ist der Europäische Sozialfonds. Eigentlich geht es beim Jugendprogramm Erasmus+ ja um Austausch, Begegnung, den Abbau von Vorurteilen in der Europäischen Union.

» Wie laufen Ihre Verhandlungen dazu mit der EU-Kommission, was wünschen Sie sich für kommende Verhandlungssitzungen?

« Wir fordern ja schon immer, dass zivilgesellschaftliches Engagement, Partizipation, Teilhabe stärker im Fokus sein sollten. Die Stellungnahme selbst zielt aber wirklich

vor allem auf Bürokratieabbau. Was ich spüre, ist, Europa ist für viele sehr fern, europäische Fördergelder sind, im Vergleich zu nationalen Fördergeldern, sehr komplex und ich glaube, man kann den Bürgern die Europäische Union mit Sicherheit nicht näher bringen durch zu viel Bürokratie. Man kann kaum jemandem erklären, warum die dreihundert Seiten des Förderhandbuchs für jemanden attraktiv sein sollen. Es gibt ganz viele, die schon lange in den Fördertöpfen aktiv sind, die kennen sich aus, die wissen, wie die Dinge laufen. Für Neuantragsteller ist das eine Abschreckung. Wir sehen auch, dass sich viele klassische Träger der Szene eher zurückziehen und abwenden, weil das Programm an vielen Stellen zu komplex ist und von Ehrenamtlichen nicht bedient werden kann. Viele neue gGmbHs sprießen aus dem Boden, die haben sicher auch ihre Daseinsberechtigung, man muss aber schauen, dass die Akteure, die in den einzelnen Programmen schon immer da waren und für zivilgesellschaftliches Engagement stehen – Jugendverbände und Träger politischer Bildung – dass die nicht am Ende wegbrechen.

Wir sind da aber in guten Gesprächen und haben zum Beispiel die sechzig Seiten Antragsformular, die für die Leitaktion 2, Strategische Partnerschaften auszufüllen sind, auf acht Seiten vereinfacht und gekürzt. Das haben wir an die EU-Kommission übermittelt. Jetzt müssen wir schauen, wie das ausgestaltet wird, aber die EU-Kommission arbeitet schon daran und man spürt schon, dass sie begriffen hat, dass es da viele Probleme gab und auch längst noch nicht alles in Ordnung ist. Langsam aber machen sich Veränderungen bemerkbar und es muss sich auch etwas verändern. Es kann nicht sein, dass innerhalb von vier oder fünf Jahren solche Dinge nicht geschafft oder geleistet werden können. Es ist ja auch nicht die Intension der EU-Kommission, uns das Leben schwer zu machen. Da muss man möglichst zusammen an guten und einfachen Lösungen arbeiten. Ich glaube, da sind wir auf einem guten Weg. <<<<

.....
Gastbeitrag von Judith Wind-Schreiber im Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa
Positionspapier des katholischen Europabüros zur Integration von Flüchtlingen
Stellungnahme zur bisherigen Umsetzung von Erasmus+ JUGEND IN AKTION



Sektorübergreifende Zusammenarbeit at its best: Kollegialer Austausch bei der „Projektwerkstatt Flucht, Migration und Asyl“ in Loccum

Statt über Visionen zu fantasieren, stellten sich die Teilnehmenden bei der „Projektwerkstatt Flucht, Asyl und Migration“ in Loccum gegenseitig ihre konkreten Projekte aus der Flüchtlingshilfe und internationalen und politischen Bildungsarbeit vor und übten konstruktive Kritik am Förderprogramm Erasmus+ sowie den eigenen Konzepten.

Babette Pohle für JUGEND für Europa, Foto: Babette Pohle

Die Forderung Ulrich Ballhausens, Sozialwissenschaftler und Referent bei der Projektwerkstatt in Loccum eingangs, Akteure der internationalen Jugendarbeit müssten sich selbst wieder mehr als politisch handelnde Subjekte begreifen, stieß während der drei Veranstaltungstage vom 2. bis 4. November auf fruchtbaren Boden. Sie bekräftigte die Teilnehmenden im Prinzip nur in dem, was sie sowieso tagtäglich tun. Entsprechend lebhaft und konstruktiv verliefen die Programmpunkte und vor allem: die Pausengespräche. Jeder einzelne Teilnehmende brachte eigene Erfahrungen und Beispiele guter Praxis vor, übte konstruktiv Kritik, nahm Anregungen von anderen mit nach Hause. Im folgenden werden vier Ansätze der (ehrenamtlichen) Flüchtlingshilfe exemplarisch vorgestellt.

Nicht „über“ sondern „mit“

Ein Projekt, welches Flucht und Migration zum Thema macht und bei dem Ehrenamtliche und Geflüchtete zugleich integraler Bestandteil und Experten auf eigenem Gebiet sind, ist „Talk with me“, ein Projekt des Vereins „Gemeinsam leben und lernen in Europa“ aus Passau. Ziel des Projektes ist die Etablierung von Sprachpatenschaften zwischen Jugendlichen mit und ohne Fluchthintergrund, um peer-to-peer die deutsche Sprache und Alltagswissen über Deutsch-

land zu vermitteln und, umgekehrt, die Perspektiven der Jugendlichen mit Fluchthintergrund verstehen zu lernen. Die Ehrenamtlichen werden in Sprachvermittlung geschult, die Geflüchteten bekommen Input zu Möglichkeiten aber auch Grenzen dieser Patenschaft. Erste Kontakte und das Kennenlernen werden durch den Verein organisiert und anschließend gibt es hier Raum für regelmäßige Treffen und Aktivitäten. Außerdem – und das macht das Projekt so besonders – hat einer der Mitarbeiter, die sich um die Koordination und Durchführung des Projektes kümmern, selbst Fluchterfahrung. Ayaz Manala Ali ist vor etwa eineinhalb Jahren aus Syrien nach Deutschland gekommen und kann diese Perspektive in die Projektpraxis einbringen.

Seit März dieses Jahres hat das Projekt eine weitere internationale Dimension bekommen – in Form einer Strategischen Partnerschaft im Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION. Vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den beteiligten Ländern – Deutschland, Bulgarien und Rumänien – tauschen sich die Fachkräfte über Gelingensbedingungen und Methoden der ehrenamtlichen Sprach- und Wertevermittlung aus. „Leider haben die beiden Partnerorganisationen in Bulgarien und Rumänien auf Grund der spezifischen Situationen





vor Ort große Schwierigkeiten, den Kontakt zu den Geflüchteten aufzunehmen“, legt Perdita Wingerter, Geschäftsführerin von „Gemeinsam leben und lernen“ und Koordinatorin des Projekts, die Schwierigkeit bei der Durchführung der Strategischen Partnerschaft dar. Um dennoch Methoden der ehrenamtlichen Sprachvermittlung zu erproben und weiterzuentwickeln, arbeiten diese beiden Organisationen im Moment vor allem mit Europäischen Freiwilligen, denen die jeweilige Landessprache vermittelt wird.

Ziel der Strategischen Partnerschaft bis Februar 2018 ist die Erstellung eines Handbuchs, welches Methoden und Best Practice versammelt und einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich macht. Neben der beschriebenen Schwierigkeit der Kontaktaufnahme zu Geflüchteten in Bulgarien und Rumänien stellt sich für Perdita Wingerter noch eine weitere dar, und zwar in Bezug auf die Förderung: „Diese sieht zwar die Finanzierung der Innovation, also des Handbuchs vor, und auch der Projektkoordination. Die Sätze sind aber zu niedrig, um auch die Begegnungstage abdecken zu können. Wenn ich also eine Woche mit den Partnerorganisationen an unserem Projekt arbeite, wird diese Zeit nicht finanziert, das ist ehrenamtlich.“

„Super“ seien hingegen die Möglichkeiten der Projektpräsentation, die von der Nationalen Agentur JUGEND für Europa immer wieder geschaffen würden. „Wir haben unser Projekt bereits im April auf der europäischen Konferenz „Bildung, Partizipation, Integration – Erasmus+ und Geflüchtete“ in Essen vorgestellt und nun auch hier, bei der Projektwerkstatt Loccum“, freut sich Perdita Wingerter.

Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund treten für ihre Rechte ein

Ein weiteres Beispiel gelungener Praxis ist das strukturierte Dialog-Projekt „Fabulous Young Refugee Movement (FYRM)“ des Vereins „Kubus – Kultur und Begegnung für Menschen in unterschiedlichen Situationen“ aus Stuttgart. Bei FYRM treffen junge Menschen mit und ohne Migrations- und Fluchthintergrund auf politische Entscheidungsträger aus der Region und bringen ihnen ihre Anliegen und Interessen hervor. Sie sind Experten in eigener Sache und setzen sich für ihre Rechte ein. Die Jugendlichen werden darin gefördert, ihre Interessen zu identifizieren,

sie zu formulieren und an den entsprechenden Stellen vorzubringen und auch, sich ehrenamtlich zu engagieren. Zugleich zeigt ihnen das Projekt Perspektiven auf, wie sie sich auch zukünftig politisch einbringen können.

Aufbauend auf den Einschätzungen der Jugendlichen, was in der Region gut und was schlecht läuft, werden gemeinsam Aktivitäten organisiert: der Aufbau eines Jugendtreffs mit Debattierclub, der Betrieb einer eigenen Fahrradwerkstatt. Auf diese Weise engagieren sich die Jugendlichen praktisch und kommen in Kontakt mit der örtlichen Bevölkerung, mit Behörden und Entscheidungsträgern.

„Was super läuft, ist das hohe Interesse der Jugendlichen am Projekt“, erklärt Efe Ural, der eigentlich für die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg arbeitet und FYRM auf der Projektwerkstatt in Loccum vertretungsweise vorstellt. „Bei FYRM werden sie direkt in die Aktivitäten eingebunden und erfahren Anerkennung und Motivation. Bereits fünfzig der Teilnehmenden konnten wir weiter an das Patenschaftsprogramm der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg vermitteln.“ Negative Aspekte seien die Unzuverlässigkeit der Jugendlichen trotz ihres hohen Interesses: „Manchmal kommen sie einfach nicht zu den Verabredungen“, so Efe Ural. Eine weitere Schwierigkeit seien die großen Hoffnungen, die für die Jugendlichen mit der Teilnahme am Projekt einhergingen – das Projekt kann ihre Alltagsprobleme nicht lösen –, die sprachliche Barriere sowie die schlechte Quote von „native born Deutschen“ die bisher wenig Interesse am Projekt gezeigt hätten.

Mehr politische Bildung in den beruflichen Austausch!

Wolfgang Hellwig, Vorstand des „Landesarbeitskreises Berufsnot junger Menschen in Niedersachsen“, organisiert jährlich einen beruflichen Austausch von jungen Auszubildenden der Rheinländischen Berufsschule DLR Oppenheim und Auszubildenden der Orthodoxen Akademie Kreta, Griechenland. Aufgabe während des zweiwöchigen Austausches auf Kreta ist der Bau eines Natursteinweges entlang eines Berghanges hinter der Orthodoxen Akademie. Zusätzlich zum Austausch-Programm bringt Wolfgang Hellwig stets auch Elemente der politischen Bildung in den Ablauf ein. „Wir besuchen zum Beispiel Sol-



datenfriedhöfe. Das ist besonders für die deutschen Jugendlichen immer sehr eindrucksvoll. Anhand der Grabsteininschriften machen sie sich bewusst, dass da junge Menschen in ihrem Alter im Krieg gestorben sind. Oder dass drei Brüder derselben Familie dort begraben liegen. Das lässt niemanden kalt, auch die nicht, die hier in Deutschland vielleicht die AfD wählen würden“, so Wolfgang Hellwig.

Er bedauert es, dass das Förderprogramm Erasmus+ im beruflichen Austausch Element der politischen und non-formalen Bildung eigentlich nicht vorsieht. Dabei sei diese so wichtig und brächte nach seiner Erfahrung stets noch alternative Erkenntnisse. Sie ergänzten das formale Lernen des beruflichen Austausches und wirkten sich auf die, wie er sie nennt, „Multiplikationen von morgen“ extrem positiv aus. Eine Förderung des Austausches durch das Jugendprogramm Erasmus+ komme, umgekehrt, für dieses spezielle Vorhaben aber auch nicht in Frage, da das Jugendprogramm wiederum den beruflichen Austausch nicht vorsähe und die Arbeitgeber für reine Maßnahmen der politischen Bildung ihre Auszubildenden kaum freistellen würden.

Kritik übte Wolfgang Hellwig zudem am Evaluationsbogen, den die Teilnehmenden nach jeder Begegnung ausfüllen müssen. Dieser frage Details ab, die die Jugendlichen seiner Meinung nach nicht wissen müssten, wie Fahrtkosten für An- und Abreise zur Begegnung und Förderhöhe pro Teilnehmendem. Ein weiteres Problem sei, dass seine Teilnehmenden sehr unzuverlässig seien. Wenn er zwei Monate vor der Begegnung eine Gruppe von etwa 20 Teilnehmenden zusammenstellt und die Flüge für sie bucht, kommt es sehr häufig vor, dass etwa fünfzehn von ihnen noch vor der Reise absagen und er Ersatz finden muss. Dies erfordert die Umschreibung der gebuchten Tickets auf die neuen Namen, die stets mit Kosten verbunden sind. Diese Kosten übernimmt das Förderprogramm nicht, doch wäre eine Kostenübernahme wünschenswert vor dem Hintergrund, dass die Teilnehmenden strukturell benachteiligt werden. Zur Reduzierung der Komplexität des Förderprogramms Erasmus+ im Allgemeinen schlägt Wolfgang Hellwig des Weiteren die Zusammenlegung der beiden Zertifikate – des Europass für den beruflichen Austausch und den Youth Pass für den Jugendaustausch vor. So könnten die Ergebnisse der politischen Bildung, die er anbietet, auch

für die Berufsschüler besser dokumentiert werden. Sicher erhöht das auch die politische Relevanz jedes einzelnen der beiden Anerkennungsinstrumente.

Kontrovers: Die Kooperation von Privatunternehmen und gemeinnützigen Organisationen

Ein kontroverses Thema brachte Ann Mögeltoft Andersen von der Cisco Networking Academy aus München ein. Bei der Vorstellung eines Online-Tools von Cisco zur Schulung von IT-Skills warb sie für die Kooperation eines Privatunternehmens und gemeinnützigen Vereinen. Das Tool sei zwar ursprünglich nur zur Vermittlung von IT-Skills entwickelt worden, werde nun aber auch von Vereinen wie Asylplus und Behörden genutzt, um Geflüchteten die deutsche Sprache beizubringen, da das Tool Fachbegriffe aus der IT in Form von Schrift- und gesprochener Sprache vermittele, das eigene Lerntempo des Anwenders berücksichtige, die Kurse dezentral durchgeführt werden könnten und sie obendrein kostenlos seien.

Efe Ural von der Türkischen Gemeinde Baden-Württemberg hält das Tool bei der Sprachvermittlung für sehr innovativ und die Kooperation eines Privatunternehmens mit Vereinen für eine gute Idee. Zwar war er sich mit allen anderen Teilnehmenden der Präsentation einig, dass es Cisco dabei eigentlich nur um eine andere Form des Marketing gehe, doch fand er dies legitim vor dem Hintergrund, dass es den Anwendern ja dennoch einen Zugewinn an Sprach- und IT-Kenntnissen brächte. Auch er habe mit seinem Verein Erfahrungen von Kooperationen mit Privatunternehmen, mittelbar zumindest. Über die KAUSA-Serviceestelle der IHK komme seine Organisation an Kontakte zu Unternehmen, die Ausbildungsplätze anbieten und könne ihre Mitglieder vermitteln. Die Ausbildungsbetriebe profitierten umgekehrt vom Netzwerk der Türkischen Gemeinde.

Kritischer sah Lily Scheuerpflug vom Verein Memos aus Berlin die Kooperation von Cisco mit gemeinnützigen Organisationen. Sie hat fundierte Erfahrungen in der Entwicklungszusammenarbeit und Public-Private-Partnerships (PPP) gesammelt. Die Organisation „Spark – Entrepreneurship for post-conflict societies“, für die sie zuvor gearbeitet hat, baute häufig auf sogenannte PPPs. Doch ging es bei diesen Kooperationen zum Beispiel darum, die Betroffenen gezielt



Geflüchtete integrieren, einheimische Jugendliche vor Rechtspopulismus schützen: Strategische Partnerschaft "Integrationx2"

Der verstärkte Zuzug von Geflüchteten nach Europa stellt die Jugendarbeit vor zwei Integrationserfordernisse: die Integration der neu ankommenden Jugendlichen in die Gesellschaften und die Integration der hier lebenden Jugendlichen, die drohen, in rassistische und nationalistische Ideologien abzurutschen.

[» Weiterlesen](#)

Babette Pohle für JUGEND für Europa



„Ein Freifahrtschein durch Europa löst nicht auf einen Schlag alle Probleme“ – (jugend)politische Stimmen zu #FreeInterrail

Ein kostenloses Interrail-Ticket für alle Europäer bei Vollendung ihres 18. Lebensjahres soll dazu beitragen, Jugendliche wieder mit der Vision eines geeinten Europas zu versöhnen. Allein – genügt das, um ein solch hehres Ziel zu erreichen? Und: Ist das gerecht? JUGEND für Europa sprach mit Vertreterinnen und Vertretern politischer Jugendverbände über Vor- und Nachteile einer solchen Maßnahme.

[» Weiterlesen](#)



Second thoughts: Stimmen aus der Internationalen Jugendarbeit zu #FreeInterrail

Nun hat es die Idee eines kostenlosen Interrailtickets für alle bis in die Budgetberatungen für 2017 geschafft. Und das Nachdenken darüber kommt so langsam in Fahrt. Auch manche Akteure der Internationalen Jugendarbeit scheinen hin- und hergerissen zwischen euphorischen Erinnerungen an die eigene jugendliche Bahnfreiheit und fachlichem Kopfzerbrechen.

Dr. Helle Becker für JUGEND für Europa,
Foto: Theo Müller, www.jugendfotos.de, CC-Lizenz (by-nc)

Schon am 3. Oktober 2015 hatten die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) auf ihrem 62. Bundeskongress einen „Beschluss Interrail“ verabschiedet. „Die Jungen Europäischen Föderalisten unterstützen diese Idee, weil sie alle jungen Menschen unabhängig vom Bildungshintergrund fördern würde.“ Am 28. September 2016 erneuerte der JEF-Bundessekretär Vincent Venus die Forderung nach einem kostenlosen Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag für eine pro-europäischere Generation.

[mehr](#)

Damit war wohl alles gesagt, vielleicht auch deswegen, weil der Beschluss unterstellt, dass es „bislang [...] fast ausschließlich Studierende [sind], die von der Europäischen Union durch das Erasmus-Plus-Programm zum Austausch animiert werden. Dadurch wurden Nicht-Akademiker lange missachtet.“ Eine gewagte Einschätzung, wenn man bedenkt, dass Erasmus+ inzwischen auch die berufliche Bildung umfasst und es darüber hinaus im Jugendkapitel um nicht formale Bildungsmaßnahmen für alle Jugendlichen geht – 2015 waren allein in Deutschland 27.344 an solchen Maßnahmen beteiligt.

Auf treffpunkteuropa.de, dem Onlinemagazin der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) stieß der Vorsitzende der christdemokratischen EPP-Fraktion im Europaparlament Manfred Weber, der die Idee der Berliner „2 man agency Herr&Speer“ im Europaparlament einbrachte, in das gleiche Horn: „Ich bin davon überzeugt, dass das InterRail-Ticket zum 18. Geburtstag ein Leuchtturmprojekt werden kann, das eine gemeinsame europäische Identität näher bringt. Und im Gegensatz zu den Erasmus-Austauschprogrammen stünde dieses Programm allen jungen Leuten offen. Man muss weder Student noch

berufstätig sein und man muss für einen zwei- bis dreiwöchigen Trip durch Europa auch nicht lange im Voraus planen. Alles was man für InterRail braucht, sind ein paar Wochen Zeit und viel Neugier.“

[mehr](#)

Imageproblem Erasmus+?

Hat Erasmus+ also ein Imageproblem und steht die Marke dann doch immer noch für akademisches Lernen? Sucht man populistisch nach Mobilitätsangeboten für alle, obwohl es die längst gibt? Georg Pirker vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten sieht das genau so: „Reisen bildet und Politiker möchten geliebt werden. Dass sich die EU-Kommission und eine ganze Reihe Parlamentarier bemüht fühlen, den Vorschlag aufzugreifen und den Versuch unternehmen, dieses Vorhaben pilotreif zu machen, zeugt meines Erachtens von einer gewissen Ratlosigkeit und Panik, die sich derzeit allerorten auf der europäischen Politikebene breitmacht.“ Dr. Markus Ingenlath, Generalsekretär des Deutsch-Französischen Jugendwerks (DFJW), sieht das ähnlich: „Das Thema „Jugend in Europa“ ist in schwierigen Zeiten ein dankbarer Topos in der Rhetorik und für Verlautbarungen.“ Es sei sicherlich zu begrüßen, „dass europäische Jugendpolitik auf originelle Weise erneut auf die Agenda der politischen Entscheider kommt“. So mache man es sich aber zu einfach: „Wir wissen aus über 50 Jahren Erfahrung bei Austauschprojekten, dass der bloße Kontakt mit Menschen einer anderen Kultur oder eine Auslandsreise nicht notwendigerweise zu Verständigung, Respekt und gegenseitigem Verständnis führt. Im Gegenteil: Ohne gut geschulte Begleitung findet häufig eine Verstärkung bereits vorhandener negativ besetzter Vorurteile und Abwehrmechanismen statt. Grundvoraussetzung für die Entwicklung eines individu-



ellen europäischen Bürgerschaftsgedankens bei Jugendlichen ist der Einstieg in einen interkulturellen Lernprozess, der ein Leben lang anhalten kann. Es handelt sich um einen hochkomplexen Vorgang, der pädagogisch gut vorbereitet, begleitet und nachbereitet wird.“

Die Hoffnung, durch ein großzügig verteiltes Bahnticket die Lösung für Ungerechtigkeiten im Bildungssystem ausgleichen zu wollen, ist also trügerisch. Denn auch die von Europaparlamentarier Manfred Weber benannten Hürden sind größer als man denkt. „Ein paar Wochen Zeit“ haben viele Jugendliche, die zwischen Schule und Beruf, in der Ausbildung oder in SGB-gestützten Maßnahmen hängen, gar nicht, ganz zu schweigen von den Finanzmitteln für Unterkunft und Verpflegung. Und auch das mit der Neugier (und Mut? interkulturelle Offenheit? Sprachkenntnisse?) zählt zu einem kulturellen Kapital, das viele Jugendliche nicht besitzen, allerdings in pädagogisch begleiteten Maßnahmen lernen können.

Genau da sieht Ulrika Engler den Knackpunkt. Sie ist Leiterin des aktuellen forums, eine Organisation, die auf Internationale Jugendarbeit mit benachteiligten

Jugendlichen spezialisiert ist. „Die Erfahrungen mit unseren Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigen, dass viele gar nicht an die entsprechenden Informationen zu Auslandsaufenthalten kommen. Und dann handelt es sich um Jugendliche, die häufig nicht einmal die Grenze ihres Stadtteils überschreiten, geschweige denn allein ins Ausland reisen würden. Die schnappen sich nicht den Rucksack und denken „nichts wie raus“. Aber wenn sie in der Gruppe sind, gut vorbereitet, unterstützt und begleitet werden, dann können sie die gleichen guten interkulturellen Erfahrungen machen wie andere Jugendliche auch.“ Ingenlath sieht das ähnlich. Die so genannte „Erasmus-Generation“, die nach ihren Interrail-Trips in ein Auslandsstudium gehen, könne man „getrost als Selbstläufer erachten“, meint er. „Es geht vielmehr darum, diejenigen in eine Mobilitätserfahrung zu bringen, die nicht aus eigenen Stücken oder angeregt durch ihr familiäres und soziales Umfeld auf die Idee kommen, weil sie mit sozialen, wirtschaftlichen, geographischen, kulturellen, gesundheitlichen und anderen Mobilitätshindernissen zu kämpfen haben. Hier kommt es darauf an, diejenigen, die oft kaum das eigene Stadtviertel oder Dorf verlassen haben, mit Hilfe gut geschulter Fachkräfte behutsam an eine Austauschfahrt heranzuführen.“





Die Idee #FreeInterrail verkenne „die derzeitigen Herausforderungen der europäischen und internationalen Jugendpolitik“.

Ansichtssachen

So sind sich auch die Jugendverbände nicht einig. Auf der letzten Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) am 29. Oktober 2016 wurde der Antrag der JEF auf Befürwortung eines Free-Interrail-Tickets für alle jungen Europäer nach Debatte und zwei Änderungsanträgen zurückgezogen. **mehr**

Tobias Köck, Vorstandsmitglied der Europäischen Bewegung Deutschlands und Sprecher des Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit (DNK), erklärt die Ja-Aber-Haltung. Einerseits freut er sich über diese „verkehrspolitisch richtige“ EU-Parlamentsinitiative: „Bahnreisen ist in der Tat eine nachhaltige, umweltschonende Möglichkeit, unseren Kontinent, seine Menschen und deren Kulturen zu erfahren“. Ein kostenfreies Interrailticket als Geburtstagsgeschenk für jede und jeden 18-jährigen würde dies fördern und mehr junge Menschen auf die Schienen bringen“, meint er. Aber er schränkt ein: „Ein rotes Signal gäbe es von uns Jugendverbänden dagegen, wenn das Bildungs- und Jugendaustauschprogramm Erasmus+ dafür benutzt oder bei anderen jugendbezogenen Förderprogrammen gespart wird!“

Ganz persönlich reagiert seine Verbandskollegin Lisi Maier (Bund der Deutschen Katholischen Jugend, BDKJ und DBJR): „Mit 18 bin ich selbst das erste Mal mit Freunden und einem Interrailticket im Geldbeutel losgerattert. Für mich hat es die Liebe zur Bahn geweckt und mir einen neuen Freiraum in Europa eröffnet.“ Sie findet die Idee eines kostenfreien Interrailtickets daher reizvoll. Es könne für Jugendliche, „unabhängig vom eigenen sozialen Status, eine Chance sein, ihren Kontinent zu entdecken und für den Kontinent selbst wäre es eine ökologische, verkehrspolitische und innenpolitische Chance!“ Auch sie betont aber, dass ein kostenloses Interrail „eine kohärente europäische Jugendpolitik, eine bedarfsgerechte Ausstattung des europäischen Jugendaustausches und damit einhergehend eine finanzielle und förderrechtliche Anpassung von Erasmus+“ nicht ersetzen könne. „Und: wenn man ein kostenloses Interrail wirklich ernst nimmt, dann gilt es auch, die Freizügigkeit in der EU ernst zu nehmen!“

Noch mal Erasmus+

Es gibt also neben der Euphorie inzwischen auch „second thoughts“ – Gedanken über Bedingungen und Wirkungen eines kostenfreien Interrail-Tickets. So werden nach ersten Berechnungen der notwendigen Finanzmittel – die genannten Summen schwanken zwischen 1,9 und 2,1 Mrd. Euro – erste Refinanzierungsvorschläge gemacht, von einer Verlosung bis zur Aufforderung an die Bahngesellschaften, sich zu engagieren. Beides wirkt wie Rückzieher. Eine Verlosung wäre willkürlich, unter Umständen nicht gerecht und nicht zielführend. Die Bahngesellschaften wiederum müssten sich erinnert fühlen an ihr finanzielles Engagement für den Europarat, der damit jahrelang über die Europäische Jugendstiftung Bahntickets zu Internationalen Jugendbegegnungen subventioniert hat. Und nicht zuletzt könnte man meinen, dass die EU in dieser Debatte die Erfahrungen aus den eigenen Mobilitätsprogrammen und ihre selbst auferlegten Qualitätsmaßstäbe nicht ernst nimmt. Im Fall von Interrail werden wohl Teilnehmerlisten oder Evaluationen (die Zwischenevaluation von Erasmus+ steht gerade ins Haus) nicht greifen. Oder wird es ein Datentracking geben, wie viele Jugendliche wann wohin gefahren sind, dort wie lange bleiben, wen treffen und sich worüber austauschen? Wüsste man, wie Georg Pirkler zu bedenken gibt, warum jemand eventuell „seine Vorurteile bestätigt findet“ oder was passiert, „wenn einem beispielsweise nachts am Bahnhof Schwarzburg das Portemonnaie geraubt wird?“ Und „wer garantiert, dass nicht wieder die übliche Gruppe privilegierter junger Menschen das Angebot überproportional nutzt?“

Schon gibt es weiteres Nachdenken darüber, wie die Idee trotz dieser nicht von der Hand zu weisenden Argumente gerettet werden kann. Die Jungen Europäischen Föderalisten schlagen in ihrem Beschluss vor, die Interrail-Maßnahme an das Erasmus-Programm anzugliedern, „aber aus einem zusätzlichen Budget“ zu finanzieren. **mehr**

Ulrika Engler meint, in der Idee „sei doch „Potenzial drin“. Wie schön wäre es, wenn die Milliarden dafür genutzt werden könnten, Interrail-Tickets für alle Erasmus+ Teilnehmende zu spendieren, die sich Teilnahmegebühren nicht leisten können. „Das würde das Programm entlasten und das freiwerdende Geld könnte für eine gute Vorbereitung, Begleitung und



Nachbereitung eingesetzt werden.“ Markus Ingenlath würde die Mittel gern in Sprachförderung investiert sehen: „1,9 Mrd. Euro sind hier gut oder gar besser investiert als im Interrailticket für alle“, meint er. Und Georg Pirker schlägt vor, die jungen Erwachsenen während ihrer Interrailreise anzuhaltend, ein bis zwei Jugendbegegnungen in Jugendzentren zu besuchen, beispielsweise in den durch den Europarat mit dem Quality Label for Youth Centres ausgezeichneten Bildungsstätten. [mehr](#)

„Da könnte die EU gleich den in der Europäischen Jugendstrategie so eindrücklich geforderten Beitrag zu sozialer Inklusion und Teilhabe durch die Ausschöpfung des Potentials von Jugendzentren und Bildungsstätten als Lernorte konkret umsetzen.“

Die preiswerteste Idee stammt von Marie Menke, einer ehemaligen Europäischen Freiwilligen. Sie befand am 7. Oktober 2016 auf „treffpunkteuropa.de“: „Zum achtzehnten Geburtstag einen Brief von der EU zu erhalten, das ist ein Konzept, das ich gut finde. Das schafft ein gewisses Zugehörigkeitsgefühl und eine Möglichkeit für die EU, junge Bürger über ihre Möglichkeiten zu informieren, um Europa zu erkunden. Wir haben bereits Programme, die es wert wären, all das Geld, das Interrailtickets für alle Achtzehnjährigen kosten würden, in sie zu investieren – und darin, sie bekannter zu machen.“ [mehr](#) <<<<



DIE EU-JUGENDSTRATEGIE IN DEUTSCHLAND

Gemeinsam Europa aus der Krise bringen – AGJ fordert Weiterführung der EU-Jugendstrategie

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) spricht sich für eine Weiterführung der EU-Jugendstrategie auch über 2018 hinaus aus. Gerade angesichts der politischen Entwicklungen in Europa und der Welt braucht es eine starke Jugendpolitik und -bildung, um dem Anstieg von Populismus, Demokratiefeindlichkeit und Fremdenhass etwas entgegenzusetzen.

Perspektiven für und mit junge(n) Menschen und die Förderung des demokratischen Bewusstseins sowie des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind deshalb wichtige Anliegen einer jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa heute und auch morgen. Vor diesem Hintergrund spricht sich die AGJ grundsätzlich für die Weiterführung der jugendpolitischen Zusammenarbeit der EU nach 2018 aus. In dem Anfang Dezember vom AGJ-Vorstand verabschiedeten Positionspapier werden die bisherige Umsetzung reflektiert und Empfehlungen für die Fortführung ausgesprochen.

Mehrwert der jugendpolitischen Zusammenarbeit deutlicher machen

So empfiehlt die Arbeitsgemeinschaft, die Relevanz und den Mehrwert der jugendpolitischen Zusammenarbeit noch stärker erfahrbar zu machen. Diese Zusammenarbeit – sprich die EU-Jugendstrategie – schaffe beziehungsweise schärfe das Bewusstsein für die Belange von jungen Menschen in Europa, stimmiere fachliche Diskussionen, helfe, Ressourcen freizusetzen und gebe politische Impulse für die Bewältigung von gemeinsamen gesellschaftlichen Herausforderungen. Dies habe die bisherige europäische Kooperation bereits angestoßen, aber es gehe noch mehr.

Als Kernaufgaben einer EU-Jugendstrategie der Zukunft sieht die AGJ fünf Bereiche: die grenzüberschreitende Mobilität, die Förderung einer aktiven europäischen Bürgerschaft und des Engagements in und für Europa, die Weiterentwicklung von Jugend-

hilfe, die Stärkung von Vielfalt und die Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen.

EU-Jugendpolitik braucht einen ganzheitlichen Ansatz

Gleichzeitig sollte die europäische Zusammenarbeit im Jugendbereich von allen Mitgliedstaaten bei Bedarf als Impulsgebung für nationale Jugendpolitik genutzt werden können. Wichtig sind der AGJ außerdem klarere Ziele, die beschreiben, was mit dem jugendpolitischen Handeln der EU konkret für junge Menschen erreicht werden soll. Eine erfolgreiche EU-Jugendpolitik brauche einen ganzheitlichen Ansatz, der Jugendliche nicht nur als (potentielle) Arbeitskräfte betrachte, sondern ihre Stärken und Interessen fördere und ihnen Zugang zu den vielfältigen Chancen Europas eröffne. Deshalb müssen nach Auffassung der AGJ nicht-formale und informelle Lernprozesse stärker in den Mittelpunkt gesetzt werden. Außerdem sollte daran gearbeitet werden, dass jugendpolitische Ziele und Inhalte in den übergreifenden wirtschafts- und sozialpolitischen Politiken und Strategien der EU mehr Beachtung finden.

Die Kommunikation und Beteiligung an der EU-Jugendstrategie hält die AGJ für verbesserungswürdig. Das heißt für sie, die Bedürfnisse der jungen Menschen und der jugendpolitischen Akteure vor Ort stärker zu berücksichtigen und insbesondere benachteiligte und beeinträchtigte junge Menschen sowie die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe mehr als



bisher in den Blick zu nehmen. Die Zivilgesellschaft sollte insgesamt mehr beteiligt werden, lautet somit eine der zentralen Forderungen.

Das Positionspapier wird in Kürze auf der Webseite der AGJ unter www.agj.de nachzulesen sein.

europa@DJHT: Ein gerechtes und soziales Europa für alle jungen Menschen

Der 16. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) 2017 hat wieder ein Europäisches Fachprogramm. Deutsche Einrichtungen und Träger können ihre europäischen Partner mit einbeziehen und nach Düsseldorf einladen. Dafür gibt es Unterstützung aus dem Programm Erasmus+.

Der Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag (DJHT) bündelt alle drei bis vier Jahre die Expertise, die Kreativität und das Engagement der Kinder- und Jugendhilfe. Auch der 16. DJHT zeigt vom 28. bis 30. März 2017 mit dem Fachkongress sowie der Fachmesse die ganze Vielfalt des Arbeitsfeldes in Deutschland.

Und Europa?

Aber Jugendarbeit ohne Europa? Europa ohne Jugendarbeit? Schwierig! Denn „Brüssel“ beeinflusst zunehmend Chancen und Lebensbedingungen junger Menschen. Über Medien, Reisen und Ausbildung überwinden sie Grenzen. Gleichzeitig sind fast 30 Prozent der 15- bis 29-jährigen in Europa – also rund 26 Millionen junge Menschen – von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Chancengerechtigkeit,

Solidarität und gesellschaftliche Verantwortung sind mehr denn je gefordert!

Ist drin!

Wie kann Jugendarbeit zu einem demokratischen, sozialen und gerechten Europa für alle jungen Menschen beitragen? Antworten auf diese zentrale Frage finden Sie bei europa@DJHT von JUGEND für Europa und der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ). Hier treffen Sie 400 Fachkräfte aus ganz Europa und können mit ihnen über Theorie, Praxis und Zukunft der europäischen Jugendarbeit diskutieren, innovative Ideen weiterentwickeln und neue Partnerschaften initiieren. Austausch und Vernetzung, Innovation und Vision – das ist europa@DJHT!

31 Veranstaltungen im DJHT-Fachkongress

„Creating a social and fair Europe for all young people“

Beiträge von Fachexperten aus ganz Europa und Good practice-Beispiele zu sozialer Inklusion, Teilhabe junger Menschen, Solidarität als ein Aspekt der Jugendarbeit, Lernmobilität und die EU-Jugendstrategie. Einen Überblick zum europäischen Fachprogramm finden Sie unter www.djht-europe.de

Alle Veranstaltungen des europäischen Fachprogramms werden aus dem Englischen ins Deutsche und zurück übersetzt.

europa@DJHT
Ein gerechtes und soziales Europa
für alle jungen Menschen

16. Kinder- und Jugendhilfetag, 28.-30. März 2017, Düsseldorf





Marktplatz Europa — Der Treffpunkt für Experten ganz Europa

- Infos- und Beratung zum Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION;
- Austausch über Projekte und Praxis der Jugendhilfe in Europa;
- Jugendwerke und Fachstellen Internationaler Jugendarbeit stellen sich vor.

Willkommen, Partner!

Laden Sie Ihre europäische Partnerorganisation zu europe@DJHT ein – Dafür können sich Ihre ausländi-

schen Partner bis 22. Januar 2017 für die direkte Teilnahme am europäischen Fachprogramm europe@DJHT bewerben.

Nach Eingang aller Bewerbungen informiert dann die Nationale Agentur des jeweiligen Partnerlandes, ob Ihr Partner dabei ist. Die Reisekosten werden von der jeweiligen Nationalen Agentur übernommen. Die Unterbringung übernimmt JUGEND für Europa. <<<<

.....
Mehr Infos dazu [hier](#).

Grenzüberschreitende Mobilität* im Übergangssystem verankern

Es ist unbestreitbar: grenzüberschreitende Maßnahmen – in unterschiedlichen Formaten der internationalen Arbeit – unterstützen sozial benachteiligte junge Menschen im Übergang zwischen Schule und Beruf auf ihrem Weg in das Erwachsenenleben und bei der beruflichen und sozialen Integration.

Die aktuelle Expertise von JUGEND für Europa „Grenzüberschreitungen – Europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte junge Menschen“ hat Erkenntnisse und Ergebnisse aus Programmen, Studien und Expertengesprächen dazu zusammengefasst. Es liegt nahe, grenzüberschreitende Angebote im Übergangssystem zu stärken und deutlich auszubauen.

Erfolgsversprechende Ansätze existieren, dennoch: Angebote sind kein integraler Bestandteil des Übergangssystems

Darüber hinaus gibt es bereits erfolgsversprechende Ansätze und gute Praxiserfahrungen für die Konzeptentwicklung und Projektumsetzung grenzüberschreitender Angebote im Übergang für die Zielgruppe: als integraler Bestandteil von Angeboten der Berufsorientierung, der Berufsvorbereitung oder der Berufsausbildung, in Form unterschiedlicher Formate in Ergänzung oder Begleitung zu arbeitsmarktpolitischen Angeboten und/oder als Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit im Übergang.

Trotzdem: Projekte der grenzüberschreitenden Mobilität für diese Zielgruppe sind bis heute kein integraler Bestandteil dieses Übergangssystems. Oft genannte Gründe sind: Träger und Fachkräfte und Verwaltung

sind auf die Umsetzung grenzüberschreitender Angebote nicht vorbereitet; nationale Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik und der Jugendhilfe unterstützen in der Regel keine Aktivitäten im Ausland. Und vor allem fehlt es an Geld. Darüber hinaus scheint es aber auch an der fachlichen Einsicht beziehungsweise am politischen Willen zu fehlen, sich für eine stärkere Berücksichtigung grenzüberschreitender Formate im Übergangssystem stark zu machen.

Multiprofessionelle Werkstattgespräche mit Netzwerkcharakter wollen diesem Problem begegnen

Hier setzt das Konzept der Werkstattgespräche „Grenzen überschreiten – Internationale Mobilität am Übergang“ an. Wichtige kommunale und regionale Akteure des Übergangssystems treffen zusammen, um sich über aktuelle Probleme im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Aktivitäten auszutauschen und Wege zu verabreden, wie internationale Angebote für junge Menschen konkret zum Bestandteil der Angebotspalette werden können. Es geht dabei um regional angepasste „gute Lösungen“, nicht um den „großen Wurf“. Die Lösungen und die Partner sind von Region zu Region sehr unterschiedlich. So wurden grenzüberschreitende Angebote im Übergang in Berlin in den Kontext der Einführung von Ju-



gendberufsagenturen gestellt. In Leer in Ostfriesland gibt es die „Ems Achse – Jobmotor Nordwest“ – ein regionales Bündnis von Unternehmen, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Kammern, Verbänden und Unternehmen aus der Region. Dies sind wichtige Kooperationspartner, um das Thema insbesondere für die kleine und mittelständische Betriebe in der Region zugänglich zu machen. Die Ergebnisse der Werkstattgespräche sind vielfältige, regional zugeschnittene Lösungsansätze und Bündnisse, die beispielhaft für Akteure aus anderen Regionen sein können. Sie werden dokumentiert und Fachkräften und Trägern der Jugendsozialarbeit, Jobcentern, Kommunen, Netzwerken im Übergangssystem und anderen Akteuren zur Verfügung gestellt. Die Erwartungen sind: Grenzüberschreitende Angebote im Übergangssystem werden durch die Verbesserung der lokalen und regionalen Rahmenbedingungen für diese Angebote und durch ein starkes Netzwerk der relevanten Akteure nachhaltig unterstützt. Die Einbindung der Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Verwaltung und Politik wird mit Verweis auf den Nutzen eines international aufgestellten Übergangssystems Schule–Beruf für die kommunale Jugend-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik angestrebt.

Akteure der Werkstattgespräche

Die Werkstattgespräche werden initiiert von der bundesweiten Arbeitsgruppe „International mobil zum Beruf“ unter Federführung des Aktuellen Forums Gelsenkirchen. Die Arbeitsgruppe ist seit 2015 Teil

der jugendpolitischen Initiative JiVE des Bundesjugendministeriums. Das aktuelle forum führt die Werkstattgespräche gemeinsam mit zentralen regionalen Partnern und unter Einbeziehung der oben genannten lokalen Organisationen durch. Weitere Partner sind die zuständigen Landesministerien. Übergreifende Kooperationspartnerin in allen Werkstattgesprächen ist die Service- und Transferstelle zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie bei JUGEND für Europa, die auch die zusammenfassende Dokumentation der Ergebnisse vornimmt. Unterstützt wird die Serie der Werkstattgespräche durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Die Werkstattgespräche werden von Bund und Ländern bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie genutzt, um daraus fachliche Impulse für die Praxis der Jugendsozialarbeit im Übergangssystem zu erarbeiten. <<<<

* Im Folgenden beziehen sich „grenzüberschreitende Angebote“ im Übergang Schule–Beruf auf unterschiedliche Formate, zum Beispiel Projekte der internationalen Jugendarbeit aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) oder dem Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION, Maßnahmen aus Leonardo, oder dem ESF Programm IDA. Hinzu kommen gegebenenfalls weitere Landesprogramme oder kommunale Angebote.

„Wir brauchen mehr Interesse in Deutschland an der europäischen jugendpolitischen Debatte!“

So lautete der Tenor der Fachveranstaltung „Kein soziales Europa ohne eine starke Jugendarbeit“, zu der JUGEND für Europa anlässlich des 2. Bundesweiten Fachkongresses Kinder- und Jugendarbeit in Dortmund eingeladen hatte.

[↘ Weiterlesen](#)

„Sich wappnen gegen die rechts- und linkspopulistischen Angriffe auf die Werte Europas.“

Dr. Helle Becker für JUGEND für Europa

Mit Bezug auf die so genannte Pariser Erklärung diskutierten Akteure aller Bildungsbereiche die Möglichkeiten einer werteorientierten Bildung. Die deutschen Nationalen Agenturen Erasmus+ hatten zur Impulstagung für "Toleranz, Freiheit und bürgerschaftliches Engagement – Bürgerwerte gegen ‚neue Mauern‘" nach Berlin eingeladen.

[↘ Weiterlesen](#)



Expertise von JUGEND für Europa: Grenzüberschreitungen – europäische Mobilitätsangebote für sozial benachteiligte junge Menschen

Die Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie legt eine Expertise vor, die Ergebnisse aus bestehenden Programmen und Projekten zur Förderung von grenzüberschreitender Mobilität sozial benachteiligter Jugendlicher zusammenfasst.

Alle Auswertungen kommen zu dem Schluss, dass sozial benachteiligten jungen Menschen durch die Teilnahme an grenzüberschreitenden Maßnahmen Erfahrungsräume und informelle Lernsituationen geöffnet werden, die ihnen aus ihren Lebenskontext heraus sonst nicht zugänglich wären.

Insgesamt ergibt sich in der Zusammenschau der unterschiedlichen Ansätze ein Set von Strategien, Maßnahmen und Instrumenten, die vielfältige

Anregungen für Konzeptentwicklung und Projektrealisierung zur Verfügung stellen. Dazu zählen auch Modellprojekte und Beispiele guter Praxis, die zeigen, wie grenzüberschreitende Mobilität für sozial benachteiligte junge Menschen praktisch umgesetzt werden kann.

Die Expertise wurde im Auftrag der Bund-Länder AG zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie erstellt. Die Autoren sind Hans Brandtner und Ulrike Wisser.

Die vollständige Publikation finden Sie [hier](#).



Wie viel Europa steckt in „Jugendgerechtigkeit“?

„Eine rein nationalstaatliche Ausrichtung Eigenständiger Jugendpolitik kann keine zukunftsfähigen Lösungen bieten“ heißt es in der Beschreibung der Aufgaben der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“. Aber wie können europäische Themen, Lernmobilität und internationales „Voneinander Lernen“ mit den Bestrebungen von Kommunen verbunden werden, sich jugendgerecht aufzustellen? Dazu hat die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ Iris Wibbeler vom Jugendamt des Kreises Steinfurt befragt. Der Kreis Steinfurt arbeitet als Referenzkommune in der Jugendstrategie "Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft" mit. Tetiana Katsbert und Jochen Schell vom YEPP International Resource Centre in Berlin gaben zudem Auskunft über ein europäisches Projekt verschiedener Kommunen, die Jugendbeteiligung zu einem Schwerpunkt ihres Handelns machen und damit ebenfalls auf mehr „Jugendgerechtigkeit“ abzielen.

[↘ Weiterlesen](#)

Quelle: Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“



Jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa: Ein Interview mit Tobias Köck und Ulrike Wisser

Wie jugendgerecht ist die Umsetzung der EU-Jugendstrategie? Wie ist die jugendpolitische Wirkung in Deutschland? Und wie wird sich die EU-Jugendstrategie weiterentwickeln? Die Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ sprach mit Ulrike Wisser (Projektkoordinatorin der Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie) und Tobias Köck (Vorstandsmitglied beim Deutschen Bundesjugendring) über Gegenwart und Zukunft der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa.

[↘ Weiterlesen](#)

Quelle: Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

Kinder- und Jugendausschuss Brandenburgs möchte grenzüberschreitende Jugendmobilität stärken

Mit seinen im September dieses Jahres angenommenen Handlungsempfehlungen möchte der Kinder- und Jugendausschuss des Landes Brandenburg dazu anregen, mehr Jugendlichen, insbesondere aus finanziell benachteiligten Familien, grenzüberschreitende Mobilitätserfahrungen zu ermöglichen.

Als zentrales Anliegen der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Brandenburg spricht sich der Ausschuss dafür aus, dass alle jungen Menschen mindestens einmal in ihrer Jugendphase eine grenzüberschreitende Mobilitätserfahrung machen. Der Unterausschuss „Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz“ des Kinder- und Jugendausschusses des Landes Brandenburg hat die Ergebnisse aufgegriffen, die 2014 im Rahmen des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten und von JUGEND für Europa umgesetzten Modellprojekts „Grenzüberschreitende Lernmobilität ermöglichen“ erarbeitet wurden. Im Projekt kooperierte das BMFSFJ mit fünf Bundesländern in sogenannten Entwicklungsinitiativen, um Beispiele jugendpolitischer Strategien für eine Mobilitätsförderung zu schaffen. Die Ergebnisse wurden nun in Handlungsempfehlungen zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität überführt.

Transnationaler Austausch sozialpädagogischer Fachkräfte

Eine wichtige Zielgruppe der Anregungen sind die sozialpädagogischen Fachkräfte der Jugendarbeit,

der Jugendverbandsarbeit und der Jugendsozialarbeit. Diese sollten in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit europäischer zu denken und gemeinsam mit den Jugendlichen Mobilitätsaktivitäten zu entwickeln – Angebote der grenzüberschreitenden Mobilität als integraler Bestandteil der alltäglichen Arbeit, so ist die Wunschvorstellung. Konkret soll die Qualifizierung und Vernetzung sozialpädagogischer Fachkräfte gefördert werden, und das gerade auch zusammen mit den pädagogischen Fachkräften der europäischen Nachbarländer und Regionen. Gegenseitige Besuche und gemeinsame Fortbildungen und Veranstaltungen können das Verständnis für europäische Arbeit, aber auch die Nutzung von Erfahrungen aus Europa befördern.

EU-Jugendstrategie auf kommunale und Landesebene heruntergebrochen

Die Erfahrungen von fünf kommunalen Modellprojekten zur Erarbeitung von Handlungsstrategien zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark, Oberspreewald-Lausitz, Dahme-Spreewald und den Städten Fürstenwalde und Seelow sind hier eingeflossen. Sie sind gute Beispiele dafür, wie



jugendpolitische Ansätze der EU-Jugendstrategie auf die Landesebene und die kommunale Ebene heruntergebrochen werden können.

Sektorübergreifende Zusammenarbeit ist gefragt

Der Kinder- und Jugendausschuss fordert ebenfalls eine Beachtung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität in anderen Ministerien. „Eine gemeinsame Bemühung aller Bereiche (Arbeit, Ausbildung, Studi-

um, Schule, Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Jugendsozialarbeit) kann dazu beitragen, dass freie und öffentliche Träger über ausreichende Ressourcen verfügen, um ihr Know-How im Bereich der grenzüberschreitenden Mobilität verstärkt einsetzen zu können.“



Den vollständigen Text der Handlungsempfehlungen finden Sie **hier**.

Internationale Jugendarbeit auf dem Land: Akteure und Herausforderungen am Beispiel Brandenburgs

Internationale Jugendarbeit ist in vielen kreisabhängigen Kommunen wieder verstärkt ein Thema. JUGEND für Europa traf in Potsdam die Projektarbeitsgruppe "Strategien zur Förderung der grenzüberschreitenden Jugendmobilität" mit fünf engagierten Kreisen beziehungsweise kreisangehörigen Kommunen.

➤ [Weiterlesen](#)



„Es braucht mehr Dekoder“

Lisa Brüßler für JUGEND für Europa, Foto: Lisa Brüßler

Es ist die erste von drei Runden des Labors „Ignite the spark. How to give young people with fewer opportunities a voice?“ Teilnehmerin Ljiljana Ban aus Kroatien arbeitet in der Organisation Suncroket OLJIN mit Kindern und Jugendlichen mit geringen Chancen. Viele von ihnen leben auf der Straße oder haben keine Stimme – Ljiljana versucht, ihnen eine zu geben.

➤ [Weiterlesen](#)

Partizipation: Vom Labor in die Testphase

Lisa Brüßler für JUGEND für Europa, Foto: Lisa Brüßler

Das Participation Lab "Ignite the spark. How to give young people with fewer opportunities a voice" ist ein Ort für Experimente und neue Alternativen, wie junge Menschen, deren Stimmen zu oft überhört werden, besser an der Gesellschaft partizipieren können. In Bonn kamen ganz erstaunliche Ergebnisse zustande.

➤ [Weiterlesen](#)





20 JAHRE EUROPÄISCHER FREIWILLIGENDIENST

Der Besuch des Präsidenten: "Das Beste, was wir in Europa haben"

20. Geburtstage haben an sich ja nicht so viel Besonderes. Anders, wenn Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, seinen Besuch als eine Pflicht ansieht. Er gratuliert dem Europäischen Freiwilligendienst EFD und würdigt, wie wichtig der Europäische Freiwilligendienst für ein solidarisches Europa ist.

Lisa Brüßler für JUGEND für Europa, Foto: Bettina Ausserhofer

➤ [Weiterlesen](#)





"Und natürlich ist auch der vorhandene EFD schon jetzt ein Solidaritätsdienst"

JUGEND für Europa sprach auf dem Festakt "20 Jahre Europäischer Freiwilligendienst" mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz, der schon mal zwecks Perspektivwechsel vor einem Schreibtisch gekniet hat.

Das Interview führte Dr. Helle Becker im Auftrag von JUGEND für Europa, Foto: Bettina Ausserhofer

» JUGEND für Europa: Herr Schulz, Sie haben vorhin darüber gesprochen, wie wichtig der Europäische Freiwilligendienst ist. Sie haben seine politische Reichweite betont, die Multiplikation seiner Wirkungen. Nehmen wir noch die Jugendbegegnungen im Programm Erasmus+ dazu, dann haben wir mit dem Jugendprogramm doch ein Instrument, mit dem das soziale Europa gestärkt wird. Warum hat es das Programm so schwer, akzeptiert zu werden?

« Martin Schulz: Ich glaube, dass wir selbst nicht genug Werbung machen für dieses Programm. Wir müssen vor allem unter den Entscheidern Informationen dazu verbreiten. Damit meine ich die Abgeordneten im Europaparlament, die Entscheidungsträger, diejenigen, die die Programme ins Parlament bringen. Damit meine ich auch mich selbst. Ich bin heute mal wieder wachgerüttelt worden, dass wir, Herr Juncker, ich, Herr Tusk, Regierungschefs, Minister, Staatssekretärin Frau Ferner zum Beispiel, also diejenigen die einen entscheidenden Einfluss haben, etwas dafür tun können, das Programm populärer zu machen. Ich erlebe im Europaparlament in den Haushaltsberatungen, dass ganz viele meiner Kolleginnen und Kollegen es nicht kennen. Sobald sie es aber kennengelernt haben, unterstützen sie das Programm.

» Es scheint so, als setze die EU nicht allzuviel Vertrauen in die Jugend.

« Ich schon! Ich glaube, wir steuern auf eine Situation zu, in der die jungen Leute sich fragen müssen, ob die Zukunft auf der gleichen respektvollen Gegenseitigkeit in Europa aufgebaut sein wird wie bisher, oder ob die Propagandisten der Grenzzäune mit allen damit verbundenen Auswirkungen gewinnen. Das ist offen. Aber ich bin mir ziemlich sicher, wenn ich das Engagement hier heute sehe, dass die Befürworter dieser Zusammenarbeit von Nationen über Grenzen hinweg gewinnen werden. Und dass sie notfalls bereit sind, dafür aufzustehen. Die Erfahrung des kommenden Brexit hat schon viele junge Leute wachgerüttelt. Die Jugend hätte ihn verhindern können. Ich glaube, da bewegt sich etwas.

» Was halten Sie vom geplanten Europäischen Solidaritätskorps? Sollte es einen eigenen Dienst geben oder nicht eher eine Ausweitung des EFD, wie es Herr Wicke (Leiter von JUGEND für Europa, Anm.d.Red.) gefordert hat?

« Ich habe das, was der Herr Wicke gesagt hat, sehr aufmerksam aufgenommen. Denn dass wir mit dem EFD gemeinsame Standards für den Freiwilligendienst geschaffen haben, ist in der Tat ein großer Erfolg. Und natürlich ist auch der vorhandene EFD schon jetzt ein Solidaritätsdienst. Wenn wir ein Europäisches Korps aufbauen, müssen wir die Vergleichbarkeit, aber auch die Vielfalt innerhalb der vorhandenen Strukturen erhalten. Auf keinen Fall sollten wir die Verwaltung zentralisieren. Je näher die Ansprechpartner an den jungen Leuten sind, desto besser ist es. Herr Juncker hat die Idee des Solidaritätskorps gewählt, um den EFD zu unterstützen – ganz sicher nicht, um die Entwicklung des Freiwilligendienstes zu behindern.

» Wir haben gerade den Freiwilligen Leon Brülke gehört, der eingefordert hat, dass die Jugend mehr politische Mitspracherechte erhält. Sie haben die Freiwilligen aufgefordert, bei ihren Altersgenossen für mehr Beteiligung zu werben. Warum dieser Appell an die Freiwilligen?

« Nun, ich kann ja schlecht hingehen und sagen: „Interessier dich doch mal für Politik!“ In der Regel interessieren sich Menschen, gerade auch junge Leute, aus unmittelbarer Betroffenheit, aus eigener Erfahrung für Politik. Wir haben ja gerade gehört, dass viele junge Menschen im Europäischen Freiwilligendienst solche Erfahrungen sammeln, die sie motivieren, sich politisch zu engagieren. Der EFD ist politisches Engagement. Er ist eine politische Botschaft.

» Die EFDler sind sicher gute Botschafterinnen und Botschafter. Aber hat nicht auch die Politik eine Bringschuld in dieser Sache?

« Ich erzähle Ihnen eine Geschichte: Ich habe als junger Bürgermeister – ich war damals 31 Jahre alt – eine Lektion erteilt bekommen. Eines Tages forderte mich ein ita-



lienischer Professor auf, mich in seinem Büro vor seinen Schreibtisch zu knien. Nach einigem Widerstand kniete ich mich hin und kam mit der Nasenspitze gerade bis an den Rand seines Schreibtisches. Und dann sagte er: „Das ist der Blick von Kindern auf unsere Welt der Erwachsenen.“ Das habe ich nie wieder vergessen. Ein Kind sieht die Welt anders als ein Erwachsener, ein Jugendlicher sieht die Welt anders als ein Alter. Die amtierenden Politikerinnen und Politiker, die in der Regel zwischen 40 und Mitte 60 Jahre alt sind, müssen sich darüber im Klaren sein, dass ihre Entscheidungen Entscheidungen für die nächste Generation sind. Deshalb müssen die Alten oder Älteren eine Politik machen, die, ich spreche jetzt mal im Bild, aus der Knieperspektive kommt. Wenn wir das beherzigen, können wir mehr für die jungen Leute tun. Die jungen Leute müssen nur dafür sorgen, dass wir das nicht vergessen.

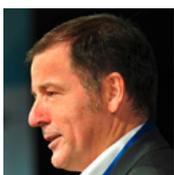
» Wie können sie das tun?

«Politiker und Politikerinnen müssen, ich meine auch mich selbst, jederzeit die Bereitschaft haben, mit jungen Leuten zu reden. Und selbst wenn die jungen Leute „nerven“, selbst wenn sie vielleicht nicht so kundig sind, nicht im Detail drin stecken – die Jugendlichen sollten wissen, dass wir ihnen zuhören. Denn dann sind sie auch bereit, die Zurückweisung eines Arguments zu akzeptieren. Es geht um das Gefühl, das rüberkommt, wenn sie fordern:

„Ich möchte, dass du mich ernst nimmst. Ich möchte, dass du an meine Zukunft denkst.“. Dazu fordere ich sie auf. Denn das ist absolut berechtigt.

» Wir nehmen Sie beim Wort. Dürfen wir Sie bei der nächsten Gelegenheit wieder einladen? Kommen Sie?

« In jedem Fall, ich komme gern!



"Wir sollten den EFD im Hinblick auf seine europäische Dimension noch stärker profilieren."

Foto: Bettina Ausserhofer

Interview mit Hans-Georg Wicke, Leiter von JUGEND für Europa, zum Europäischen Freiwilligendienst und zum geplanten "Solidaritätskorps".

» [Weiterlesen](#)

"Ein europaweites Grundrecht auf einen Europäischen Freiwilligendienst" – Visionen für die Weiterentwicklung des ehrenamtlichen Engagements für Europa

Babette Pohle für JUGEND für Europa

Zwanzig Jahre Europäischer Freiwilligendienst (EFD) geben 2016 Anlass zurück und nach vorn zu schauen. Auf der EFD-Zukunftskonferenz in Aachen kamen am 20. und 21. Oktober Akteure des EFD aus Deutschland zusammen — die europäische Dimension, das bürgerschaftliche Engagement, Inklusion, Sichtbarkeit und bürokratische Hürden waren ihre Themen.

» [Weiterlesen](#)



„Wir sehen den Freiwilligendienst als Triangel.“

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) ist ein gemeinnütziger Verein mit mehr als 1.100 Mitgliedern. Seine Wurzeln gehen auf die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen zurück. ASF engagiert sich seit 1996 im Europäischen Freiwilligendienst (EFD). Für die Folgen der Gewaltgeschichte zu sensibilisieren und aktuellen Formen von Antisemitismus, Rassismus und Ausgrenzung entgegenzutreten, bestimmt das Handeln des 1958 gegründeten Vereins bis in die Gegenwart. Ein Interview mit Jutta Weduwen, Geschäftsführerin von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) und Adriana Koch, verantwortliche Mitarbeiterin für den Europäischen Freiwilligendienst.

Das Interview führte Karoline Becker im Auftrag von JUGEND für Europa

» **JUGEND für Europa: Seit wann engagiert sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste im Europäischen Freiwilligendienst?**

« **Jutta Weduwen:** Wir sind von Beginn an dabei und engagieren uns seit 1996 sowohl als Sende- und Aufnahmeorganisation als auch als koordinierende Organisation im EFD.

» **Welchen Ursprung hat dieses kontinuierliche Engagement?**

« **Jutta Weduwen:** Unser Schwerpunkt ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus. Wir sind daher im Vergleich zu anderen Trägern stark in Europa verankert und arbeiten mit Ländern zusammen, die unter dem nationalsozialistischen Terror gelitten haben. Die Vernetzung mit den europäischen Nachbarn und den jeweiligen Freiwilligendiensten ist bei uns besonders ausgeprägt. Deshalb ist der EFD für uns ein guter Partner.

Wir sind schon seit Beginn unserer Arbeit Ende der 1950er Jahre im europäischen Austausch vernetzt. Seitdem beschäftigen wir uns mit dem Gedanken, wie Freiwilligendienste dazu beitragen können, die Annäherungen und Verständigungen zu fördern. Weil wir uns auf diesem Gebiet immer engagiert haben, waren wir auch stark an der Entwicklung des EFD beteiligt. Durch unsere langjährige Erfahrung mit Begleitseminaren konnten wir besonders unsere pädagogischen Erfahrungen in die Entwicklung des EFD einbringen.

» **Können Sie uns kurz beschreiben, wie Sie Ihre Rolle als koordinierende sowie Sende- und Aufnahmeorganisation wahrnehmen?**

« **Adriana Koch:** Wir nehmen pro Jahr eine/n bis zwei Freiwillige bei uns im Büro auf, entsenden durchschnittlich 25 Freiwillige in das europäische Ausland und koordinieren zehn bis fünfzehn Stellen jährlich. Dabei arbeiten wir eng mit unseren Länderbüros zusammen. Wir haben

ein großes Partnernetzwerk, mit dem wir seit vielen Jahren gute Erfahrungen sammeln und das wir intensiv pflegen. Dank dieser Zusammenarbeit aller Partner läuft die Begleitung und Verwaltung der Projekte sehr gut.

» **Wie lassen sich ihre koordinierenden Aufgaben präzisieren?**

« **Adriana Koch:** Dazu gehören zum einen die verwaltungstechnische Ebene und zum anderen die pädagogische Begleitung. Ich bin unter anderem dafür verantwortlich, dass die Projekte den Kriterien von JUGEND IN AKTION entsprechen. Wir sorgen dafür, dass die Jugendlichen ihre Freiwilligendienste gut vorbereitet antreten und sämtliche wichtigen Informationen erhalten. Die Freiwilligen können sich mit ihren Fragen an uns wenden. Wir sind neben den Aufnahme- und Entsendeorganisationen ein weiterer Ansprechpartner und sorgen auch dafür, dass die Lernergebnisse der Freiwilligen gesichert werden. Das geschieht zum Beispiel durch den Youthpass. Außerdem gewährleisten wir, dass formale Standards wie Sprachvorbereitung, Versicherungsanmeldung, etc. stattfinden. Neben der verwaltungstechnischen Betreuung bieten wir auch pädagogische Begleitung an. Die Freiwilligen finden in ihren Aufnahmeländern immer eine Struktur und einen Ansprechpartner von ASF vor. Parallel zu den Seminaren, die im Rahmen des EFD stattfinden, nehmen sie auch an unseren Seminaren teil. Die Freiwilligen werden vor Ort von uns intensiv begleitet, was dazu beiträgt, dass sie ihre Entwicklung sehr gut reflektieren können.

» **Welche Erfahrungen haben Sie mit Erasmus+ gesammelt?**

« **Adriana Koch:** Wir haben uns lange auf den Start von Erasmus+ vorbereitet und alle Entwicklungen verfolgt. Der Übergang war auf der Trägerebene und für die Nationalagenturen nicht einfach. Es wurden neue Instrumente geschaffen, die noch nicht perfekt funktionieren, und



einige Aufgaben sind komplizierter geworden. Manche unserer Projektpartner haben damit ihre Schwierigkeiten. Allerdings haben wir die Probleme im engen Kontakt mit unseren Partnern und Nationalagenturen gemeinsam überwinden können. Ich möchte daher behaupten, dass wir mit dem neuen Programm immer besser klar kommen.

» Hat der Europäische Freiwilligendienst in Ihrer Organisation zu Veränderungen beigetragen?

«Jutta Weduwen: Wir waren aufgrund unserer Erfahrung zu Beginn selber einer der Ideengeber, da wir auf fast vierzig Jahre Erfahrungen im Feld der Freiwilligendienste in Europa zurück blicken konnten. Das betrifft vor allem die pädagogische Begleitung. Unser Ansatz basiert darauf, dass ein Freiwilligendienst kein reiner Auslandsdienst ist, sondern dass es um die Erfahrungen in den Projekten, um Alltagsbegegnungen und besonders um die Reflexion des Erlebten gehen kann. Dafür bieten Seminare eine gute Grundlage für die Auseinandersetzung. Das ist etwas, das mittlerweile von vielen Freiwilligenförderprogrammen aufgegriffen wird. Ein Dienst soll nicht nur finanziert werden, sondern damit sind auch Ideen verbunden. Manchmal entstehen Doppelstrukturen, wenn sowohl die Träger der Förderprogramme als auch die Freiwilligenorganisationen eigene Begleitprogramme haben.

Für ASF ist der EFD neben dem Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) die zweitgrößte Förderschiene. Dabei geht es nicht nur um die finanzielle Förderung, sondern auch um einen inhaltlichen Austausch zwischen den Trägern und den Förderprogrammen.

» Nach welchen Kriterien entscheiden Sie sich für einen IJFD oder einen EFD?

«Jutta Weduwen: Überall, wo dies möglich ist und die Bedingungen gut sind, entscheiden wir uns für einen EFD. Allerdings ist es sehr viel aufwändiger, einen Antrag für einen Europäischen Freiwilligendienst zu stellen. Beim IJFD erhalten wir Kontingente und müssen nicht für jeden einzelnen Freiwilligen einen Antrag stellen, vorausgesetzt die einzelnen Projekte sind akkreditiert.

» Gibt es auch inhaltliche Kriterien, die Ihre Entscheidung beeinflussen?

«Jutta Weduwen: Die vielfältigen Förderprogramme setzen verschiedene inhaltliche Schwerpunkte oder unterscheiden sich durch ihre Akzentuierung, nach der In-

halte und Projekte prioritär gefördert werden. Im EFD ist es zum Beispiel schwieriger, Projekte im Bereich der historischen beziehungsweise politischen Bildung umzusetzen. Auch gibt es Länder, in denen es schwieriger ist, Förderung zu erhalten als in anderen.

» Welche Pläne verfolgen Sie im Europäischen Freiwilligendienst?

«Jutta Weduwen: Wir würden es begrüßen, wenn wir im Bereich der Förderung durch den EFD wachsen könnten. Die Akkreditierungsprozesse in Russland, der Ukraine und in Israel sind sehr aufwändig, weil es keine Nationalagenturen und keine entsprechende Struktur gibt. Die Abläufe sind dort zum Teil nicht wirklich transparent und die Ansprechpartner unklar. Aber unser Ziel ist es, dort stärker mit EFD zu kooperieren sowie unsere Vernetzung und Erfahrung einzubringen. Es ist immer sehr wichtig, den Kontakt der Freiwilligen untereinander zu fördern. Dafür gibt es zum Beispiel länderübergreifende Ausreiseseminare, auf denen sich die Freiwilligen treffen und kennenlernen. So sind die Freiwilligen über das Jahr hinweg besser miteinander vernetzt.

» Haben Sie durch den EFD noch einmal eine persönliche Entwicklung feststellen können?

«Adriana Koch: Ich bin bei ASF zum ersten Mal mit dem EFD in Berührung gekommen. Ich finde es spannend zu sehen, wie sich das Programm entwickelt, auch wenn es nicht immer in die Richtung geht, die ich mir wünsche. Da fällt mir zum Beispiel der Fokus auf die Berufsqualifizierung ein, den ich zwar nachvollziehbar finde, der aber bei der Arbeit unserer Freiwilligen nicht an erster Stelle stehen sollte. Ich habe mich durch die Arbeit mit dem Programm beruflich weiter qualifiziert und sehe darüber hinaus viele Möglichkeiten, die Erasmus+ bietet. Das Programm eröffnet allen, die mit ihm arbeiten, einen sektorübergreifenden Ansatz. Ich nehme regelmäßig an Infoveranstaltungen, Trainings und Seminaren teil, bei denen ich mich weiterbilde und neue, interessante Kontakte knüpfen kann. Daraus entwickeln sich neue Ideen.

«Jutta Weduwen: Die inhaltlichen Kooperationen mit den Nationalagenturen waren und sind anregend. In den Bemühungen, benachteiligte Jugendliche einzubeziehen und die Arbeit gegen Diskriminierung gesamtgesellschaftlich anzugehen, war und ist es befruchtend, die Anliegen der Nationalagenturen mitzubekommen. Spannend ist die Frage der europäischen Identität. Manche unserer Freiwilligen ziehen sich manchmal darauf zurück zu sa-



gen, dass sie Europäer sind. Sie müssen sich dann nicht als Deutsche zu erkennen geben, was manchmal unangenehm sein kann. Wenn man dann aber nachhakt, ist diese Sicht oft nicht richtig gefüllt, sondern eher eine Floskel. Natürlich gibt es durch die Entwicklung der EU und die Grenzöffnungen die Idee eines europäischen Gedankens. Daraus leitet sich die Frage ab, was das für die Beziehungen der Menschen aus unterschiedlichen Ländern bedeutet. Welche Einfluss haben nationale Geschichten auf die Beziehungen? Welchen Einfluss haben aktuelle und historische Konflikte? Welche Vorurteile gibt es untereinander? Wo werden Ressentiments politisch geschürt oder instrumentalisiert?

Gerade in der aktuellen Flüchtlingsfrage erleben wir Europa in neuen Dimensionen. Viele EU-Staaten sind Wünsche der geflüchteten Menschen. Die Aufnahmeländer haben aber sehr unterschiedliche Systeme der Asylpolitik und sind gegenüber Einwanderern sehr unterschiedlich offen. Wir erleben in Europa gerade einen großen Anstieg rechtsextremer Bewegungen. Dagegen anzugehen, sehen wir als eine wichtige Aufgabe von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und sollte Aufgabe jeder Organisation sein, die sich für die europäische Verständigung einsetzt.

» Gibt es bei der Zusammenarbeit mit deutschen Partnern auch Projekte, bei denen Antidiskriminierung eine Rolle spielt?

« Adriana Koch: Wir kooperieren zum Beispiel mit „Asyl in der Kirche“, die sich für Flüchtlinge einsetzen, mit der evangelischen Versöhnungskirche in der KZ-Gedenkstätte Dachau oder dem Haus der Wannsee-Konferenz, die die Geschichte des Nationalsozialismus vermitteln und gegen aktuelle Formen von Antisemitismus und Rassismus arbeiten.

« Jutta Weduwen: Unter den Freiwilligen finden konstruktive politische Auseinandersetzungen statt, die sich auch aus den jeweiligen Erfahrungen der Freiwilligen in den Projekten speisen. Spannend sind diese Auseinandersetzungen besonders in unserer internationalen Freiwilligengruppe in Deutschland, die sich stark interreligiös zusammensetzt. Wir haben Freiwillige aus Israel, aus den USA, aus der Ukraine, aus Russland oder Weißrussland, im Prinzip aus allen unseren Partnerländern. Es gibt jüdische, christliche, muslimische und viele säkulare Freiwillige. Unter diesen Freiwilligen findet eine Auseinandersetzung über Politik, Vorurteile und Religion in fast allen Projekten statt.

» Und überall ist der Europäische Freiwilligendienst dabei?

« Jutta Weduwen: Im Prinzip schon, wobei sich das auch von Jahr zu Jahr ändern kann. Es kann auch sein, dass wir in dem einen oder anderen Projekt jemanden haben, der aus den USA kommt oder über 30 Jahre alt ist. Ansonsten sind aber auf allen Stellen auch immer wieder EFDler.

» Können Sie auch den benachteiligten Jugendlichen einen Dienst anbieten?

« Jutta Weduwen: Wir bemühen uns seit Beginn unserer Arbeit darum, Menschen mit vielfältigen Hintergründen, auch sogenannte bildungsferne junge Menschen zu integrieren. Es gelingt uns, aber nicht prozentual zur Bevölkerung. Vielfalt ist bei uns abgebildet. Unter unseren Freiwilligen sind Menschen mit Zuwanderungsgeschichten und wir legen auch großen Wert darauf, dass sie ihre Geschichten einbringen. Der Anteil von Menschen, die eine Beeinträchtigung haben, ist bei uns relativ hoch. Wir haben jetzt eine Anfrage von einer Bewerberin, die blind ist und für die wir uns um ein Projekt bemühen. Wir verfolgen die Idee für ein inklusives Freiwilligenprogramm in Norwegen, weil wir dort mit Gehörlosen arbeiten und glauben, dass es toll wäre, Hörende und Nicht-Hörende paritätisch in einer Gruppe zu haben, so dass die Menschen, die eine Behinderung haben, gleichberechtigt und keine Minderheit sind. Gebärdensprache zu lernen wäre dann auch eine Qualifikation, die man erwerben kann. Wir haben also religiöse Vielfalt, Zuwanderungsgeschichten, Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen in unseren Gruppen und sind sehr bemüht, den Zustand aufzuweichen, dass hauptsächlich 19-jährige Menschen mit Abitur an unseren Projekten teilnehmen. Wir haben außerdem auch immer ältere Leute dabei, die in den normalen Freiwilligengruppen sind, weil sie entweder ein Sabbatjahr nehmen oder Rentner oder Rentnerin sind. Das spiegelt sich aber natürlich nicht in den Förderprogrammen wider.

» Haben Sie Vorschläge, wie man den Europäischen Freiwilligendienst künftig noch attraktiver gestalten kann?

« Jutta Weduwen: In der Entwicklung des EFDs haben wir die Beobachtung gemacht, dass wir am Anfang sehr stark beteiligt waren, um unsere Erfahrung mit einzubringen. Dann wurden unsere Erfahrungen fast ein wenig hinausgedrängt. Unsere Ideen passten dann teilweise nicht mehr mit dem EFD zusammen. Das ist in bestimmten Fällen schwierig, weil wir ein wichtiger Träger in diesem



Programme sind und dabei nicht herausfallen sollten. Ein Beispiel wäre die doppelte Seminarstruktur: Wir machen gute Seminare und erfüllen auch die Kriterien des EFD. Es gab eine Zeit, in der unsere Seminare – sofern sie die Kriterien erfüllt haben – anerkannt wurden. Mittlerweile gibt es aber Seminare, zu denen EFD oder Erasmus sagt, sie müssten noch einmal extra besucht werden, weil sie konkrete eigene Anliegen haben. Diese parallele Seminarstruktur ist an bestimmten Stellen schwierig, da die Freiwilligen dafür aus ihren Projekten freigestellt werden müssen.

Eine weitere Schwierigkeit besteht mit Patenbeiträgen. Es ist gut und wichtig, dass die Freiwilligen einen Patenkreis aufbauen und einen Solibeitrag in Form einer Spende leisten. Der EFD sieht das nicht so gerne, da er sagt, der Dienst solle kostenlos sein. Ein Freiwilligendienst sollte nicht abhängig vom ökonomischen Hintergrund sein, alle Menschen sollten die Möglichkeit eines Dienstes haben. Deshalb bitten wir unsere Freiwilligen, Patenkreise aufzubauen. Dies ist ein gutes Prinzip, das Solidarität fördert und Freiwilligendienste einer breiten Öffentlichkeit zugänglich macht. Dies zu untersagen finden wir schade. Wir kommen allen Menschen entgegen, die finanzielle

Schwierigkeiten haben, dafür ist es aber notwendig, eine Art Solidarfinanzierung zu haben, damit alle, die wollen und geeignet sind, einen Dienst machen können, nicht nur die, die eine Förderung genießen. An diesem Punkt wünschen wir uns mehr Flexibilität.

Wir sehen den Freiwilligendienst als ein Triangel: Es gibt Aktion Sühnezeichen Friedensdienste mit einer bestimmten Idee, es gibt die Partner, die diesen Dienst empfangen und es gibt die Freiwilligen, die sich entwickeln. Dieses Dreieck finden wir sehr wichtig. Es geht nicht nur darum, dass es einen jungen Menschen gibt, der entwickelt werden soll und um den herum alles gestrickt werden soll, sondern es gibt auch alles darum herum. Dazu gehört auch eine Entsendeorganisation, die Ideen hat und Projekte, denen etwas zugutekommen soll. <<<<



**Aktion Sühnezeichen
Friedensdienste**

Reichlich Lob für den EFD

Die ijgd (Internationalen Jugendgemeinschaftsdienste) sind ein bundesweiter Verein, der seit mehr als 60 Jahren Freiwilligendienste im In- und Ausland organisiert. Der gemeinnützige Verein widmet sich der internationalen Jugendarbeit als eine der größten und erfahrensten Workcamp- und Fachorganisationen für Freiwilligendienste in Deutschland. Seit 1996 engagieren sich die ijgd im Europäischen Freiwilligendienst, ijgd Berlin seit 2002.

Karoline Becker für JUGEND für Europa

Im Europäischen Freiwilligendienst (EFD) sind die ijgd als koordinierende und Entsendeorganisation aktiv und nehmen darüber hinaus Aufgaben der Freiwilligenaufnahme und -begleitung wahr. Der EFD harmonisiert ausgezeichnet mit den Leitmotiven des Vereins, junge Menschen anzuregen, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen und sich über gesellschaftliche Verhältnisse bewusster zu werden.

Lernen und eigene Erfahrungen einbringen

Die ijgd-Geschäftsstelle in Berlin ist eine von sechs

Geschäftsstellen. Die Aufnahmeprojekte in der Hauptstadt verteilen sich auf Kindergärten, Schulhorte sowie Stellen der Obdachlosenhilfe. In einem weiteren Projekt steht die Sorge um Menschen im Fokus, die auf unterschiedliche Weise abhängig waren und mithilfe einer Soziotherapie wieder in die Gesellschaft integriert werden sollen. In der jüngeren Vergangenheit ist mit dem Engagement in der Flüchtlingshilfe in Unterkünften und auch in Willkommensklassen an Schulen ein weiteres Tätigkeitsfeld hinzugekommen. In diesen Klassen werden Kinder



unterrichtet, die über keine Deutschkenntnisse verfügen. Dieses Engagement hat durch den Anstieg der Flüchtlinge an Bedeutung gewonnen. Kinder, die in Willkommensklassen unterrichtet werden, besuchen meist keinen Hort. Daher ist die Mithilfe der Europäischen Freiwilligen in der Nachmittagsbetreuung eine wichtige Ergänzung. Somit sind alle Freiwilligen in den Berliner ijgd-Projekten des EFD im sozialen Bereich tätig. Die ijgd legen bei der Auswahl der Projekte großen Wert darauf, sich dort zu engagieren, wo größter Bedarf besteht und die Hilfe am nötigsten ist. „Bei allen Projekten achten wir darauf, dass die Freiwilligen etwas lernen und ihre eigenen Erfahrungen einbringen können“, betont Henrik Drewes, Bildungsreferent bei den ijgd in Berlin.

Die Bedeutung des Europäischen Freiwilligendienstes

Der Europäische Freiwilligendienst wird bei den ijgd wie eine eigene Abteilung geführt. Dies dokumentiert zum Beispiel der Flyer des Vereins, in dem das Engagement im EFD beschrieben ist. Bestimmte Mitarbeiter sind ausschließlich für die jeweiligen Bereiche im EFD verantwortlich. Auch bei den Einsatzstellen ist das Bewusstsein für die Bedeutung des EFDs gewachsen. Das führt dazu, dass Einrichtungen wie Kindergärten damit werben, Freiwillige aus dem europäischen Ausland im Team zu haben. Die damit verbundene zusätzliche Ansprechperson für die Kinder wird als Pluspunkt wahrgenommen.



ijgd

Intensive Betreuung

Die Betreuung spielt bei der Aufnahme der Europäischen Freiwilligen eine zentrale Rolle. Die Betreuung der Freiwilligen beginnt mit der Auswahl, die in der Regel in einem oder mehreren Gesprächen über Skype vorbereitet wird. Hier geht es um Wünsche, Erwartungen und die Suche nach dem passenden Projekt. Bis zur Anreise setzt sich die Betreuung über Infomails und Checklisten fort, die den Freiwilligen geschickt werden. So werden in Berlin und Brandenburg auch die Unterkünfte für die aufgenommenen EFDler von den ijgd selbst gestellt. Nach der Ankunft verbringen die neuen Freiwilligen zunächst zwei Einführungstage im Büro. Auf dem Programm stehen unter anderem eine herzliche

Begrüßung, Kennenlernen der Freiwilligengruppe, Einführung, Formalitäten, Regeln und Gebräuche die Unterkünfte betreffend und nicht zuletzt eine Stadtrallye in mehreren Teams. Am dritten Tag besuchen die Freiwilligen zum ersten Mal ihre Einsatzstelle. In den ersten Tagen und Wochen stehen den Neuankömmlingen außerdem auch ehemalige Freiwillige zur Seite, die als Ansprechpartner auf Augenhöhe die Eingewöhnung erleichtern und sich als „Gastfreunde“ für die Gruppe und/oder Wohnungspaten für eine Wohngemeinschaft engagieren.

Freiwilligendienst ist eine Gruppenerfahrung

„Die Ehemaligen helfen den aktuellen Europäischen Freiwilligen dabei, sich schneller zu integrieren“, sagt Henrik Drewes. „Wichtig ist aber auch der Austausch untereinander, denn Freiwilligendienst ist auch immer eine Gruppenerfahrung. Und hier haben wir zudem eine internationale Gruppe mit Freiwilligen aus ganz Europa.“ Sie haben stets die Gelegenheit, sich gegenseitig zu unterstützen und auszutauschen. Dabei kommt den Freiwilligen zugute, dass sie sich alle für denselben Dienst entschieden haben und Gleichgesinnte auch außerhalb ihres eigenen Projektes vorfinden. Vor allem aber geben die Freiwilligen Europa ein Gesicht.

Kommunikation auf Augenhöhe

„Der EFD ist eines der durchdachtesten und konsequentesten Freiwilligenprogramme mit internationalem Bezug“, lobt Drewes. „Dabei hat man bei diesem Programm alles im Blick, von der Anreise über die Visa bis hin zur Versicherung. Den Freiwilligen bietet sich die Möglichkeit, einen Austausch ohne eigene Kosten zu machen.“ Das habe den Vorteil, dass man nicht erst mehrere Tausend Euro sparen müsse, um daran teilzunehmen und er somit sehr unterschiedlichen Menschen den Zugang ermögliche. Drewes betrachtet den EFD insgesamt als eine Bereicherung für die ijgd, weil sich der Verein über die Struktur des EFD weiter öffne, neuen Input und Netzwerke erhalte und auch in die Umsetzung und Ausrichtung des Gesamtprogramms EFD einbezogen werde. „Mir hat gefallen, dass man uns zum Beispiel bei der Einführung von Erasmus+ nichts vorgemacht und mit offenen Karten gespielt hat. So wurde uns erklärt, dass das Mobility Tool zwar existiert, aber noch nicht einwandfrei funktionier-



te“, sagt Drewes. „Das zeigt mir exemplarisch, wie man sehr gut auf Augenhöhe kommunizieren kann.“ Ein weiterer Vorteil, stellt Henrik Drewes fest, liege darin, dass Europa die verschiedenen NGOs zusammenbringe und die Träger miteinander vernetze. Das sei die beste Voraussetzung für einen fruchtbaren Austausch, von dem letztlich alle Beteiligten profitierten.

Offen für Neues

Die ijgd möchte behutsam wachsen und immer wieder auch Neues ausprobieren. Es gibt in jedem Jahr kleine Veränderungen. Das mag in einem Jahr der Ausbau der Partnerschaften für die Freiwilligen sein und im folgenden Jahr ein Projekt wie „Urban Farming“, bei dem die Gruppe einen eigenen Acker bewirtschaftet. In Berlin steht man allerdings durch die Wohnungs- und Mietpreissituation vor einer natürlichen Wachstumsbremse. Die ijgd möchten aber auf jeden Fall offen für Veränderungen bleiben. Nach Ansicht von Drewes könne man sich zum Beispiel vorstellen, im Bereich der Flüchtlingshilfe aktiver zu werden und die gute Erfahrung aus der Begleitung von (zunächst) nicht Deutsch sprechenden

EFD-Freiwilligen, auch in die Flüchtlingshilfe einzubringen. Schwierigkeiten bleiben sicherlich nicht aus, doch bei den ijgd hat man gelernt, dass das dazugehört und sich die Probleme meist lösen lassen. „Wir haben mit jungen Menschen zu tun, die direkt von zu Hause kommen und viele Herausforderungen zu bestehen haben. Es ist klar, dass nicht immer alles auf Anhieb reibungslos verläuft“, weiß Drewes. Ein Jahr reiche meist aus, um entsprechend an sich zu arbeiten und die Dinge hinzubekommen. Natürlich klappe nicht alles. Manchmal sei es schwierig, mit wenig Deutschkenntnissen die eigenen Ideen, Stärken und Erfahrungen im Team rüberzubringen. Daran könne auch mal die eine oder andere Projektidee scheitern. Aber auch auf diese Weise sammeln die Europäischen Freiwilligen wichtige Erfahrungen, aus denen sie lernen können. Doch viele tolle eigene Aktivitäten und Projekte von Europäischen Freiwilligen zum Beispiel in Kindergärten und Schulen hätten gezeigt, dass man auch mit wenig Deutschkenntnissen begeistern und sich einbringen kann, wenn die aufnehmenden Teams bei allen Sprachschwierigkeiten, den Stärken der Freiwilligen Raum lassen. <<<<



Der Europäische Freiwilligendienst — Der Einstieg in den EFD für interessierte Träger und Einrichtungen. Die vollständige Broschüre finden Sie [hier](#).



Die eigenen Grenzen benennen

Das Marie-Schlei-Haus ist eine Einrichtung der Berliner AWO, in der besonders belastete Flüchtlinge betreut werden. Dazu zählen Menschen mit Beeinträchtigungen, Schwangere, Alleinerziehende mit Kindern und Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige Formen von Gewalt erlebt haben. Die AWO kooperiert dabei mit den ijgd (Internationale Jugendgemeinschaftsdienste) als Partner im Europäischen Freiwilligendienst (EFD). JUGEND für Europa sprach mit Claudia Da Silva, die im Marie-Schlei-Haus ein Projekt für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge leitet und Sofia Loacker, die ihren Europäischen Freiwilligendienst im Haus leistet.

Das Interview führte Karoline Becker im Auftrag von JUGEND für Europa

» **JUGEND für Europa: Wie ist die Zusammenarbeit mit der ijgd zustande gekommen?**

« **Claudia Da Silva:** Ich hatte bereits bei meiner vorherigen Arbeitsstelle gute Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit den ijgd sammeln können. Wir sind die einzige Einsatzstelle für Europäische Freiwillige bei der AWO und hatten zuvor immer nur Bundesfreiwillige oder Mitarbeiter, die ein Freiwilliges Soziales Jahr leisten. Ich habe meiner Geschäftsführerin dann den EFD als eine gute Alternative im Bereich der Flüchtlingshilfe vorgeschlagen.

» **Welche Erfahrungen haben Sie bislang mit Europäischen Freiwilligen sammeln können?**

« **Claudia Da Silva:** Ich kann auf eine fünf- bis sechsjährige Erfahrung mit Europäischen Freiwilligen zurückblicken. Es hängt immer von der einzelnen Person ab, die zu uns kommt. Schwierigkeiten bleiben natürlich nicht aus. Wir hatten schon Freiwillige, die der Aufgabe psychisch nicht gewachsen waren und daraufhin ihren Dienst beenden mussten. Wir haben festgestellt, dass es in problematischen Situationen wichtig ist, sich im Team auszutauschen. Manchen Menschen fällt es schwer, sich zu öffnen, über ihre Belastungen zu sprechen und um Hilfe zu bitten. Über einen langen Zeitraum betrachtet, sind derartige Fälle jedoch die Ausnahme.

» **Erzählen Sie uns doch bitte, welche Aufgaben auf die Europäischen Freiwilligen zukommen?**

« **Claudia Da Silva:** Unsere Europäische Freiwillige Sofia ist im Kinder- und Jugendbereich tätig. Wir müssen im Flüchtlingsbereich flexibel sein. Viele Dinge lassen sich nicht in ein Aufgabengebiet fassen. Wir haben natürlich eine Planung, aber es gibt immer wieder Herausforderungen, die außerhalb des Kinder- und Jugendbereichs liegen und die reine Flüchtlingsarbeit betreffen. Bei uns herrscht keine alltägliche Routine. Wir wissen nie, was uns erwartet, sobald wir hier durch die Tür treten.

» **Können Sie uns ein Beispiel nennen?**

« **Claudia Da Silva:** Wir erhalten unwahrscheinlich viele Spenden. Das ist einerseits sehr schön, andererseits aber auch mit reichlich Arbeit verbunden. Sofia hat schon dabei geholfen, Listen zu erstellen, aus denen hervorgeht, wo wir die unterschiedlichen Spenden für Babys oder Kleinkinder lagern und verteilen. Es kommt vor, dass wir spontan jemanden aufnehmen müssen, aber die Hauswirtschaftskraft gerade nicht im Haus ist. Wir müssen dann ein Zimmer herrichten und brauchen dafür jede Hand. Diese Fälle zeigen, dass wir alle flexibel und kreativ sein müssen, um Dinge schnell und adäquat lösen zu können. Wir greifen dann auf alle verfügbaren Mitarbeiter unabhängig von der Stellenbeschreibung zurück. Natürlich hat jeder die Möglichkeit zu sagen, dass er eine Aufgabe nicht bewältigen kann. Es kann vorkommen, dass etwa jemand nicht in der Lage ist, sich um einen schwer erkrankten Flüchtling zu kümmern oder ihm auch nur zu begegnen. Wir müssen stets klar benennen, wo unsere Grenze ist.

Dadurch, dass wir hier 190 Menschen betreuen, herrscht permanenter Stress. Wir haben natürlich auch Flüchtlinge im Haus, die von Abschiebung bedroht sind. Wenn die Polizei unser Haus betritt oder Familien abtauchen, bleiben wir davon nicht unbeeindruckt. Emotional sind wir permanent gefordert. Wir sind ein sehr gutes Team und achten auch darauf, dass wir uns gegenseitig tragen und aufeinander aufpassen. Dafür ist es natürlich wichtig, dass mir mein Gegenüber sagt, was ihn belastet. Das gilt ebenso für unsere jungen Freiwilligen.

» **Wie viele Menschen sind im Marie-Schlei-Haus beschäftigt und welche Aufgaben übernehmen sie?**

« **Claudia Da Silva:** Wir haben Sozialarbeiter und Erzieher. Ich selber bin interkulturelle Mediatorin. Unsere Sozialbetreuer besitzen zwar keine Spezialausbildung,



verfügen aber über die erforderliche fachliche Kompetenz. Wir sind ein interkulturelles Team, zwei unserer Mitarbeiter sind selber als Flüchtlinge hierhin gekommen. Bei uns sind verschiedene Sprachen vertreten, was unsere Arbeit sehr erleichtert. Zudem beschäftigen wir Honorarkräfte und werden von Ehrenamtlichen unterstützt. Es gibt eine Sprechstunde für unsere Schwerstkranken, die ehrenamtlich von einer Ärztin und mir geleitet wird. Wir erfüllen oft die Aufgaben eines Krankenhauses oder einer Psychiatrie, was uns sehr viel abverlangt.

» *Sofia, stellen Sie sich bitte kurz vor und berichten uns von der täglichen Arbeit im Marie-Schlei-Haus.*

« *Sofia Loacker: Ich komme aus Österreich, wo ich im vergangenen Sommer mein Abitur gemacht habe. Da ich noch nicht genau wusste, wie es danach für mich weitergehen soll, wollte ich die Zeit mit etwas Sinnvollem verbringen. Meine Schwester hatte bereits einen EFD gemacht, daher war mir schon länger klar, dass diese Aufgabe auch zu mir passen würde.*

» *Wie ist es dazu gekommen, dass Sie Ihren EFD hier leisten?*

« *Sofia Loacker: Das hat sich sehr kurzfristig ergeben. Ursprünglich hatte ich geplant, nach Spanien zu gehen, um in einem Kindergartenprojekt zu arbeiten. Das Projekt wurde aber abgelehnt. Berlin war schon damals in meinem Fokus. Dann habe ich mich nochmals bei den ijd gemeldet und erfahren, dass jemand abgesprungen ist. So hat sich alles innerhalb weniger Wochen realisieren lassen und nun bin ich seit September hier.*

» *Mit welchen Erwartungen sind Sie nach Berlin gekommen und haben sich diese Erwartungen erfüllt?*

« *Sofia Loacker: Ich wusste nicht, was mich erwartet. Wir haben zwar zuvor über Skype miteinander gesprochen, aber ich besaß keinerlei Erfahrung mit der Flüchtlingsthematik. Trotzdem habe ich mich von Anfang an im Team sehr gut aufgehoben gefühlt. Dabei hat mir geholfen, dass ich sofort alles mitbekommen habe. Wenn man erst Deutsch lernen muss, geht vieles an einem vorbei und der Auftakt dürfte schwieriger sein.*

« *Claudia Da Silva: Ich kann die Bedeutung der Sprache nur unterstreichen. Gerade in der Supervision, in Teamsitzungen und während der gemeinsamen Mittagspause besprechen wir wichtige Fälle. Während der ersten halben Stunde unserer Mittagspause klammern wir die Arbeit aus, aber anschließend nutzen wir die Gelegenheit unseres*

Zusammenseins, um über alles Wichtige zu reden. Was dort besprochen wird, sollte von allen verstanden werden. Wenn ich alles an mir vorbeilaufen lasse und keine Frage habe, weil ich zu wenig verstehe, geht etwas verloren. Deshalb sind die Sprache und das Verstehen extrem wichtig. Gerade im Umgang mit schwer traumatisierten Menschen kann es immer wieder zu schwierigen Situationen kommen. Wir haben dann oft mit sehr emotionalen und psychischen Reaktionen zu tun. Dann muss man in der Lage sein, adäquat zu reagieren. Wir achten schon darauf, dass die Freiwillige nicht in schwere Gespräche hineingezogen wird, aber auf Zuruf muss man in kritischen Situationen reagieren können und verstehen, was nun geschehen soll. Ich habe dann manchmal nicht die Zeit, alles genauer oder mehrfach zu erklären, weil ich in einer Krisensituation schnell handeln muss, um Schlimmeres zu vermeiden. Andererseits kann es auch für unsere Arbeit vorteilhaft sein, wenn Bewerber eine bestimmte Sprache mitbringen. Man muss das jedes Jahr neu bewerten und einschätzen, ob es für die Arbeit gut sein könnte. Flüchtlingsarbeit ist für die meisten Freiwilligen eine neue Erfahrung in der pädagogischen Arbeit.

» *Können Sie uns sagen, wie Sie untergebracht sind?*

« *Sofia Loacker: Ich lebe zusammen mit drei anderen Freiwilligen, einem Spanier, einer Dänin und einer Türkin, in einer Wohngemeinschaft. Mir gefällt die Gemeinschaft mit Angehörigen verschiedener Kulturen sehr gut. Jeder bringt etwas von seinem Lebensstil mit. Wir verstehen uns super, wobei ich weiß, dass das auch immer eine Lotterie ist. Man verbringt schließlich zwölf Monate auf engem Raum miteinander.*

» *Können Sie uns über Ihre Arbeitsschwerpunkte berichten?*

« *Sofia Loacker: Schwerpunkt ist die Arbeit mit den Kindern, allerdings kommen viele andere Aufgaben hinzu: Wenn zum Beispiel der Erzieher im Urlaub ist, unterstütze ich die Sozialarbeiter. Außerdem habe ich schon einige Ausflüge mit den Kindern unternommen und einen Tag mit ihnen gemeinsam im Kindermobil gekocht. Es gibt einen Lesezirkel, in dem ich den Kindern vorlese und die deutsche Sprache näherbringe sowie ein Projekt, in dem wir zusammen stricken.*

» *Können Sie den Europäischen Freiwilligendienst weiterempfehlen?*

« *Sofia Loacker: Absolut. Es ist schade, dass der EFD bei uns nicht bekannter ist. Ich war in meiner Klasse die*



einzig, die darüber Bescheid wusste. Dabei verdient der EFD eine viel größere Plattform, weil er eine tolle Möglichkeit vor allem für diejenigen ist, die noch nicht genau wissen, wie es für sie weitergehen soll. Ich habe viele Freunde, die sich in einer ähnlichen Situation befinden und denen ich den EFD empfehlen würde.

»Hatten Sie irgendwann einmal das Gefühl, überfordert zu sein?

«Sofia Loacker: Nein. Es wurde immer gefragt, ob es wirklich nicht zu viel ist oder wie man mit einer Situation klarkommt. Ich habe das Gefühl, immer sagen zu können, wo meine Grenzen sind.

»Hat sich zu einzelnen Kindern ein engerer Kontakt aufgebaut?

«Sofia Loacker: Zu Beginn hatte ich schon einige Bedenken, dass ich mich mit den Kindern gar nicht austauschen kann. Das hat sich aber sofort erledigt, da die Kinder sehr schnell Deutsch lernen, sobald sie die Schule oder eine Kita besuchen. Außerdem dachte ich, die Namen kannst du dir niemals merken. Aber das klappt, wenn man ein Gesicht dazu hat. Kinder entwickeln schneller eine Nähe und haben weniger Berührungsängste. <<<<

Projektwerkstatt zum „Strategischen Europäischen Freiwilligendienst“

JUGEND für Europa bietet vom 8. bis zum 9. Februar 2017 eine Projektwerkstatt zum neu eingeführten Förderformat "Strategischer Europäischer Freiwilligendienst" an.

Erfahrene EFD-Organisationen haben dort die Gelegenheit, das neue Format kennenzulernen und Projektideen zu entwickeln.

[Weiterlesen](#)



STRUKTURIERTER DIALOG

Zusammenleben mitgestalten: EU-Jugendkonferenz in Košice. Empfehlungen für ein inklusives, vielfältiges und vernetztes Europa

Košice, eine 240.000 Einwohner zählende Stadt ganz im Osten der Slowakei, war in der ersten Oktoberwoche in Sachen Jugend die wichtigste Stadt in Europa: Für vier Tagen kamen dort Jugend- und Ministeriumsvertreter aus allen 28 EU-Ländern zusammen. Sie diskutierten über die Herausforderungen für junge Menschen in einem inklusiven, vielfältigen und vernetzten Europa und entwickelten 16 gemeinsame Empfehlungen.

Als Grundlage für die Debatten bei der EU-Jugendkonferenz in Košice dienten Meinungen, Vorschläge und Forderungen von mehr als 65.000 jungen Menschen. Diese waren in den Monaten zuvor in ganz Europa zusammengetragen worden. Die gemeinsamen Empfehlungen der EU-Jugendkonferenz in Košice gliedern sich in acht Themen und beschreiben, was junge Menschen brauchen, um mit gesellschaftlichen Veränderungen umgehen und das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland und Europa aktiv mitgestalten zu können:

- Zugang zu hochwertigen und kritischen Informationen;
- junge Menschen unter Druck: Widerstandsfähigkeit und Selbstvertrauen aufbauen;
- Angst & Intoleranz überwinden – Vielfalt erleben;
- ein Bildungssystem, in dem junge Menschen ihre Potenziale entfalten können;
- gesellschaftliches Engagement junger Menschen fördern, insbesondere für schwächere Gruppen;
- das Vertrauen junger Menschen in das Projekt Europa wieder aufbauen;
- Mobilitätsprogramm: Beschäftigung und Bildung für alle;
- der Einfluss von Jugendarbeit und Jugendverbänden für alle jungen Menschen.

Am Ende der Konferenz wurden die Empfehlungen offiziellen Vertretern der EU-Kommission, des Europaparlaments und den Jugendministerien der EU-Länder vorgestellt. Ende November wird sich zudem der EU-Jugendministerrat in Brüssel in einer ersten Diskussion damit auseinandersetzen, um anschließend ein offizielles Dokument mit Empfehlungen für die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission zu erarbeiten. Dieses soll im Mai 2017 verabschiedet werden. Parallel dazu läuft der Strukturierte Dialog weiter: Im dritten und letzten Schritt geht es darum, dass junge Menschen gemeinsam mit Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung konkrete Umsetzungsvorschläge zu den Empfehlungen entwickeln und Beispiele guter Praxis zusammentragen. In Deutschland findet dazu Mitte November die Dialogveranstaltung „JuPiD 2016 – Jugend und Politik im Dialog“ statt. Die Ergebnisse aus den einzelnen EU-Ländern bilden die Grundlage für die dritte EU-Jugendkonferenz zum Thema „Zusammenleben mitgestalten“ im März 2017. <<<<

Mehr über die Beteiligungsrunde in Deutschland erfahren Sie [hier](#).

Das vollständige Dokument in der deutschen Übersetzung finden Sie [hier](#).

Quelle: Deutscher Bundesjugendring.



JuPiD 2016 – Jugend und Politik im Dialog: Mitdenken und mitmachen

Foto: Łukasz Karas

Bildungsgerechtigkeit, Digitalisierung und demografischer Wandel: Die Jugendpolitik steht vor großen Herausforderungen. Was in Europa geändert werden muss und was jetzt wichtig wird, diskutierten Jugendliche und Politiker bei der Veranstaltung „JuPiD 2016 – Jugend und Politik im Dialog“ in Weimar.

[↘ Weiterlesen](#)



Zweiter Evaluierungsbericht zum Strukturierten Dialog in Deutschland veröffentlicht

Kein anderer Bereich der (internationalen) Jugendbildungsarbeit wurde in den letzten Jahren so konsequent evaluiert wie die EU-geförderten Projekte im Strukturierten Dialog als Teil der EU-Jugendstrategie.

Der vorliegende Bericht untersucht die zweite Phase der Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland (2014-15). Die Forschungsgruppe Jugend und Europa am Centrum für Angewandte Politikforschung (C.A.P) evaluiert die Umsetzung des Strukturierten Dialogs in Deutschland im Rahmen der EU-Jugendstrategie (2010-2018) im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Was wurde evaluiert?

Der Strukturierte Dialog will den Austausch und Dialog zwischen jungen Menschen und politischen Entscheidungsträgern fördern und Jugendliche aktiv in die Gestaltung europäischer Politik einbeziehen. Er orientiert sich an den Themen und Anliegen der EU-Jugendstrategie.

Wie bereits im Evaluierungsbericht zur ersten Phase der Umsetzung des Strukturierten Dialogs (2010-2013) waren auch diesmal alle evaluierten Projekte

durch Erasmus+ JUGEND IN AKTION, Leitaktion 3, gefördert worden.

Außerdem gab es eine teilnehmende Beobachtung bei zentralen bundesweiten Veranstaltungen:

- JuPiD – Jugend und Politik im Dialog;
- Deutschsprachiges Vernetzungstreffen zum Strukturierten Dialog;
- Auftaktveranstaltung der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ (2015 - 2018).

Vor dem Hintergrund der Frage nach Mehrwert und Verstetigung nimmt die Evaluierung hierzu die Perspektiven Jugendlicher und die Einschätzung der Projektträger in den Fokus. Sie untersucht, auf welche Weise die Projekte des Strukturierten Dialogs Jugendliche zur aktiven Mitwirkung in ihrem gesellschaftspolitischen Umfeld befähigen, wie es den Projekten gelingt, politische Akteure und po-



litische Instanzen in den Dialog einzubeziehen und wie ein nachhaltiger Transfer der Ergebnisse von der Dialog- auf die Handlungsebene erfolgen kann. Die Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung tragen dazu bei, Rückschlüsse für die Weiterentwicklung des Strukturierten Dialogs in Deutschland abzuleiten.

Einschätzungen und Empfehlungen

Die Bilanz zum Politikansatz der EU fällt seitens der beteiligten Akteure weitgehend positiv aus. Insbesondere ist im Vergleich zur ersten Phase des Dialogs in vielerlei Hinsicht ein klarer Mehrwert zu verzeichnen: Die Einordnung lokaler Projekte in den größeren Zusammenhang der EU-Jugendstrategie wurde von Projektverantwortlichen kreativ aufgegriffen und Jugendliche finden über die Projekte einen aktiven Zugang zur (europäischen) Politik. Zugleich betonen viele Teilnehmende Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Verstetigung des Dialogs, etwa wenn es um die nachhaltige Einbindung von Politikern und Politikerinnen und ein klares Feedback auf die im Dialog erarbeiteten Vorschläge und Ideen geht.

Hierzu haben die Verfasserinnen die Sichtweisen der relevanten Akteure im Strukturierten Dialog systematisch erfasst und ausgewertet. So kommen jugendliche Teilnehmende wie auch Projektverantwortliche und involvierte Entscheidungsträger zu Wort. Kernfrage ist dabei, wie es gelingt, in Deutschland einen wirkungsvollen und nachhaltigen Dialog zwischen Politik und der jungen Generation zu befördern. Beim Strukturierten Dialog geht es darum, lokale und regionale Themen mit der EU-Jugendpolitik zu verknüpfen und Jugendliche zur aktiven gesellschaftspolitischen Mitwirkung in ihrem Umfeld zu befähigen.

Yvonne Buchalla, Fachreferentin für die Leitaktion 3 bei JUGEND für Europa, teilt die Einschätzung der Evaluatoren zur projektorientierten Durchführung des Strukturierten Dialogs. Dieser würde den Zugang für junge Menschen erleichtern. Sie betont, dass die über Erasmus+ JUGEND IN AKTION geförderten Projekte nicht nur (politische) Beteiligung Jugendlicher ermöglichten und dabei zum Teil nachhaltige Partizipationsstrukturen schafften. Die Projekte stärkten außerdem die Jugendlichen und böten ihnen einen geschützten Raum, in dem "Partizipation und Politik-Lernen/Verstehen" möglich sei – und

dies verknüpft mit ihren eigenen Interessen vor Ort. Buchalla unterstützt die vielen, im Evaluierungsbericht genannten Punkte, an denen Verbesserungen möglich und nötig seien. Diese seien als "zentrale Qualitätskriterien" bei den Vernetzungstreffen der deutschen Projektträger bereits während der Laufzeit des Vorläuferprogramms zu Erasmus+ diskutiert und bearbeitet worden. Auch beim ersten deutschsprachigen internationalen Vernetzungstreffen im letzten Jahr standen viele dieser Punkte im Mittelpunkt der Diskussion. Die existierende Förderstrategie, die auf der gemeinsam mit dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) entwickelten Umsetzungsstrategie für den Strukturierten Dialog aufbaue, greife ebenfalls einige dieser Punkte auf. Vor dem Hintergrund der Begutachtung von eingereichten Projektanträgen und Schlussverwendungsnachweisen sieht Buchalla einen kontinuierlichen Verbesserungsbedarf und einen weiteren Ausbau der Unterstützung der Projektträger bei

- der Verbindung der Projekte mit dem europäischen Prozess;
- der Schärfung einer europäischen Dimension der Projekte;
- der Gestaltung von Follow-up und Feed-back.



Den vollständigen Evaluierungsbericht finden Sie **hier**.

Quelle: Forschungsgruppe Jugend und Europa am C-A-P, JUGEND für Europa

IMPRESSUM

Herausgeber:

JUGEND für Europa
Service- und Transferstelle EU-Jugendstrategie
Godesberger Allee 142–148
53175 Bonn

Verantwortlich:

Frank Peil (V.i.S.d. § 55 Abs. 2 RstV, JUGEND für Europa)

Redaktion:

Frank Peil, Babette Pohle, Ulrike Wisser

Weitere Autorinnen und Autoren:

Dr. Helle Becker, Hans Brandtner, Lisa Brüßler, Ann-Kathrin Fischer (DBJR),
Andreas Klünter, Babette Pohle

Fotos:

JUGEND für Europa, sofern nicht anders genannt; Titelbild: Bettina Ausserhofer

Quellen:

JUGEND für Europa, sofern nicht anders genannt

Gestaltung:

elfgenpick, Augsburg

Gefördert durch:



Aktuelle Informationen zur EU-Jugendstrategie:

- www.jugendhilfeportal.de
- www.jugendpolitikeneuropa.de

Informationen zu JUGEND für Europa, den Schwerpunkten unserer Arbeit, unsere Fortbildungsangebote und unsere Newsletter:

- www.jugendfuereuropa.de

Europäische Jugendarbeit und Jugendpolitik

Aktuelle Entwicklungen auf
nationaler und europäischer Ebene

#02.16
NEWSLETTER